

Beschlussbuch Landesverband Schleswig-Holstein
ordentlicher Landesparteitag 2023
in Husum

2023 o. LPT Bock, Hermann	Alle Anträge mit Initiativanträgen	Datum: 05.02.23 Uhrzeit: 15:00
------------------------------	--	-----------------------------------

	Antragsbereich	Antragsteller	Überschrift	Beschluss
S1	Satzung	Kreisverband Segeberg	§8 Delegiertenschlüssel	abgelehnt
S2	Satzung	Landesvorstand	§6 Mandate	angenommen
K1	Kommunales	Landesvorstand	SOZIALE POLITIK FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN. FÜR DICH VOR ORT.	angenommen in geänderter Fassung
K2 NEU	Kommunales	Kreisverband Nordfriesland	Krankenhausfinanzierung / Landeskrankenhausplanung	angenommen in geänderter Fassung
K3	Kommunales	AG 60plus	Daseinsvorsorge Krankenhäuser	Erledigt
K4	Kommunales	Juso Landesverband S-H	Die Würde des Menschen ist unantastbar - sogenannte defensive Architektur verbieten	angenommen in geänderter Fassung
T1	Transformation	Landesvorstand	Gerechte Transformation braucht einen starken Staat: Die sozialdemokratische Klima-Strategie für Schleswig-Holstein	angenommen in geänderter Fassung
T2	Transformation	Landesvorstand	Bessere Planung & Kostensteigerungen für Erneuerbare Energien reduzieren	angenommen in geänderter Fassung
B1 NEU	Bildung	AfB Bildung LV	Transparenz und Förderung zum Ausbau der Kindertagesstätten	angenommen in geänderter Fassung
B2	Bildung	AsF	Genügend KiTa-Plätze	erledigt
B3	Bildung	Ortsverein Schleswig (Kreisverband Schl.-Flensburg)	Ausbildungsoffensive für pädagogische Fachkräfte	erledigt
B4	Bildung	AG Migration & Vielfalt	Wir fordern kultursensible Sprachmittler:innen in Kitas/Schulen und bei ärztlichen Untersuchungen!	angenommen
B5	Bildung	AfB Bildung LV	Berufserfahrung würdigen, interkulturelle Chancen erschließen: Für einen gleichberechtigten Einsatz ausländischer Lehrkräfte in Schleswig-Holstein	angenommen
B6	Bildung	AsF	Pädagogisches Personal durch das Land bezahlen	angenommen in geänderter Fassung

B7	Bildung	AfB Bildung LV	Wir fordern: Bildungsfinanzierung muss Chancengleichheit ermöglichen! Deshalb Bildung solide, verlässlich und bedarfsgerecht finanzieren.	angenommen
B8	Bildung	AfB Bildung LV	BNE – Bildung für nachhaltige Entwicklung – stärken!	angenommen
B9	Bildung	AfB Bildung LV	Digitale Selbstverletzung verstehen, vorbeugen und verhindern	angenommen
B10	Bildung	AfB Bildung LV	Förderung außerschulischer Lernorte mit einem Landesprogramm	angenommen
B11	Bildung	Juso Landesverband S-H	“Ich kann alles werden, was ich möchte.” - Chancengleichheit in der MINT-Bildung	angenommen
I1	Innen & Recht	AG Migration & Vielfalt	Wir fordern die Absenkung der Zugangs- und Authentifizierungshürden für alle Sprachkursinteressierten und digitale Teilhabe für alle Menschen!	angenommen in geänderter Fassung
I2	Innen & Recht	AsF	Keine „Flüchtlinge zweiter Klasse“!	angenommen
I3	Innen & Recht	AsF	Soziale Medien als öffentliches Gut	überwiesen an Landesvorstand
I4	Innen & Recht	AsF	Wohnungsnot bekämpfen!	erledigt
I5	Innen & Recht	AsF	Unser Feminismus ist nicht exklusiv!	angenommen geänderter Fassung
I6	Innen & Recht	AG 60plus	UN-Altenrechtskonvention	angenommen
I7	Innen & Recht	AG 60plus	Altersdiskriminierung wirksam entgegentreten	angenommen
I8	Innen & Recht	AG 60plus	Das Ehrenamt stärken	angenommen in geänderter Fassung
I9	Innen & Recht	AG 60plus	Digitalbotschafter*innen	angenommen
I10	Innen & Recht	AG 60plus	Digitale Kompetenz für Ältere	angenommen
I11	Innen & Recht	AG 60plus	Konzept zum Schutz vor Vereinsamung in Schleswig- Holstein	überwiesen an Landesvorstand
I12	Innen & Recht	AG 60plus	Förderung des Senior*innensports	zurückgezogen

I13	Innen & Recht	AfA	Gerechtere Verteilung der Einkommenssteuertarifzonen in § 32a EStG: Entlastung für niedrige bis mittlere Einkommen!	überwiesen an Landesvorstand und SH-Landesgruppe Bundestag
P1 NEU	Partei	Landesvorstand	Die Kampagne 2027 gemeinsam finanzieren	angenommen in geänderter Fassung
P2	Partei	Kreisverband Segeberg	Sonderbeitrag an einen Nachweis koppeln	abgelehnt
P3	Partei	AG 60plus	Beitragsfreistellung & Patenschaften	überwiesen an Landesvorstand
P4	Partei	Juso Landesverband S-H	Vertrauenspersonen für die SPD Schleswig-Holstein	überwiesen an Landesvorstand
P5	Partei	AsF	Stoppt Altersdiskriminierung!	abgelehnt
P6	Partei	AsF	Die Werte der SPD bewahren	zurückgezogen
P7	Partei	AsF	Sozial gerechte Teilhabe an Vollversammlungen	überwiesen an AsF
P8	Partei	AfA	Keine Minijobs: Wir stehen für gute Beschäftigungsverhältnisse	überwiesen an LPR
P9	Partei	AG Selbstaktiv	Inklusion in der SPD-SH verankern - Inklusion in der Politik verwirklichen.	angenommen
Soz1	Soziales & Pflege	AsF	Istanbul-Konvention nicht nur unterzeichnen, sondern auch umsetzen!	angenommen in geänderter Fassung
Soz2	Soziales & Pflege	AsF	Frauen in Not den Rücken stärken – Frauenhäuser bedarfsgerecht und planungssicher mit Mitteln ausstatten	angenommen
Soz3	Soziales & Pflege	AsF	Menstruationsartikel kostenlos bereits in Grundschulen zur Verfügung stellen	angenommen
Soz4	Soziales & Pflege	AsF	Gelder für Verhütungsmittel auch auf Landesebene bereitstellen	angenommen
Soz5	Soziales & Pflege	AsF	Gegen eine Hinnahme der Senkung der Lebenserwartung	zurückgezogen
Soz6	Soziales & Pflege	Kreisverband Pinneberg	Profite in der Pflege begrenzen	angenommen
Soz7	Soziales & Pflege	AsF	Verpflichtende Pflegebedarfsplanung jetzt!	angenommen in geänderter Fassung

Soz8	Soziales & Pflege	Kreisverband Pinneberg	Finanzierung von Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung	zurückgezogen
Soz9	Soziales & Pflege	AG 60plus	Änderung der Pflegereform im ambulanten Bereich	zurückgezogen
Soz10	Soziales & Pflege	AG 60plus	Förderung von Pflegegenossenschaften	angenommen
Soz11	Soziales & Pflege	AG 60plus	Pflegepersonal stärken	zurückgezogen
Soz12	Soziales & Pflege	AG 60plus	Pflegeprognoseformel für Schleswig-Holstein	als Material an Landtagsfraktion
Soz13	Soziales & Pflege	AG 60plus	Finanzielle Förderung von nicht kommunalen Krankenhäusern	zurückgezogen
U1	Umwelt, Klima & Energie	Juso Landesverband S-H	3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt	überwiesen an Landesvorstand
U2	Umwelt, Klima & Energie	Umweltforum	Investitionen für den Erhalt der Biodiversität und für die Renaturierung zerstörter natürlicher Lebensräume	angenommen
W1	Wirtschaft	Juso Landesverband S-H	“Wir können es auch!” - Unterstützung von FINTA-geführten Start-Ups	angenommen in geänderter Fassung
R1	Resolution	Landesvorstand	Solidarität mit den Protestierenden im Iran	angenommen
Anzahl der Anträge: 56				

Inhaltsverzeichnis

Satzung

Kommunales

Transformation

Bildung

Innen & Recht

Partei

Soziales & Pflege

Umwelt, Klima & Energie

Wirtschaft

Resolution

Angenommene und überwiesene Anträge

Satzung

Landesvorstand

§6 Mandate

(Angenommen)

Satzungsantrag: als Abs. (10) anfügen an § 6 Mandate:

- 5 *(10) Bei Kommunalwahlen können im Rahmen der Wahlgesetze auch Nichtmitglieder als Wahlvorschläge nominiert werden. Diese müssen schriftlich erklären, dass sie keiner anderen politischen Partei oder Gruppierung angehören, die zur selben Wahl antritt.*

Kommunales

Landesvorstand

SOZIALE POLITIK FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN. FÜR DICH VOR ORT.

(Angenommen in geänderter Fassung)

5 Tausende Sozialdemokrat*innen engagieren sich täglich für das Zusammenleben in Schleswig-Holstein, in Gemeinden, Städten und Kreisen. Ehrenamtlich. Für dich.

10 Gemeinsam machen wir soziale Politik. Denn gerade in Zeiten großer Unsicherheiten, in denen der Wohlstand vieler Menschen in Gefahr gerät, braucht es eine soziale Sicherheit. Dafür steht die SPD. Wir gestalten Politik vor Ort, um gemeinsam für eine soziale, gerechte, ökologische und klimaneutrale Gesellschaft für alle Menschen zu kämpfen. Unsere gemeinsamen Werte verbinden wir mit passgenauen Lösungen in den einzelnen
15 Städten und Gemeinden.

Schleswig-Holstein soll bis 2040 klimaneutral werden. Gerechte Energie- und Klimatransformation erfordert Investitionen durch Land und Kommunen. Diese können die
20 Kommunen nicht aus den derzeitigen Haushaltsmitteln stemmen, die dringend für die kommunale Daseinsvorsorge benötigt werden. Niemandem ist geholfen, wenn der Ausbau der Kindertagesstätten oder die Erneuerung unserer Schulen in Konkurrenz zu den Klimatransformationsinvestitionen steht. Die notwendigen Finanzmittel werden durch das Land mit einem Transformationsfonds (Trafo.SH) mobilisiert.

25

Für die sozialdemokratische Kommunalpolitik stehen die folgenden acht Themen im Mittelpunkt:

30

1. **Bezahlbare Energie vor Ort:** In diesen Monaten wird allen bewusst, dass bezahlbare Energie keine Selbstverständlichkeit ist. Die Folgen des russischen Krieges gegen die Ukraine treffen besonders geringe und mittlere Einkommen. Energie muss nicht nur
35 nachhaltig erzeugt werden, sondern auch bezahlbar sein. Deswegen stärken wir die Gemeinde- und Stadtwerke, damit sie in den Ausbau von Wärmenetzen und klimafreundlicher Energieerzeugung investieren können.

40

2. **Bauen nach Maß:** In knappen Zeiten gilt ganz besonders, dass wir Mieten bremsen, die Schaffung von Wohneigentum fördern und Wohnraum vor Spekulationen und Ausnutzung schützen. Die unterschiedlichen Kommunen in Schleswig-Holstein haben unterschiedliche Herausforderungen. Wir werden den Bestand an öffentlichen und genossenschaftlichen
45 Wohnungsbaugesellschaften erhalten und uns darüber hinaus für die Gründung einer neuen landesweiten Wohnungsbaugenossenschaft bzw. -gesellschaft einsetzen, damit gerade im Bereich des bezahlbaren und barrierefreien Wohnraums mehr Bauvorhaben realisiert

50 werden. In den Kommunen werden wir die baurechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um einen möglichst hohen Anteil von öffentlich geförderten Wohnraum sicherzustellen. Grundsätzlich sollen Verdichtung, Aufstockung und Umnutzung Vorrang vor der Erschließung neuer Außenflächen haben.

55 **3. Mobilität in der Region:** Kostengünstig, unkompliziert, sicher, inklusiv und gut vernetzt. Das ist unser Takt für die Verkehre. In urbanen Zentren sorgen wir für eine Verdichtung des öffentlichen Personennahverkehrs und machen ihn damit praktischer und zu einer echten Alternative zum Auto. Gerade im ländlichen Raum soll der öffentliche Personennahverkehr ausgebaut werden. Um den ÖPNV auch auf dem Land zur echten Alternative zu machen, muss er zuverlässig und regelmäßig fahren. Wir unterstützen alternative On-Demand Angebote wie z.B. den Anrufbus, um ländliche Regionen anzubinden.

60 Die Nutzung des Fahrrads wollen wir durch eine bessere Infrastruktur in Stadt und Land weiter voranbringen. Doch im Flächenland SH ist das Auto für viele Menschen unverzichtbar. Um die Energiewende dennoch voranzutreiben, treiben wir den Ausbau der Ladeinfrastruktur voran und fördern Carsharing-Konzepte (nur e-Auto) in den Kommunen. Zudem muss Elektromobilität im Geschosswohnungsbau gut erreichbar und erschwinglich wird.

65 Wir treiben die Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsformen voran und machen den Verkehr gerade für die ungeschützteren Verkehrsteilnehmer*innen sicherer. Wir werden neue und alte Technologien nutzen, um Mobilität inklusiv zu gestalten.

70 **4. Gesundheit vor Ort:** Die SPD sichert die gesundheitliche Infrastruktur in Deiner Region. Dazu zählt die Vor-Ort-für-Dich-Kraft und die Schaffung von mehr Versorgungszentren. Die schmerzhaften Monate der Corona-Pandemie haben den hohen Stellenwert sozialstaatlicher Leistungen unterstrichen. Wir wollen die Unterstützung wieder mehr direkt in die Quartiere tragen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Daseinsfürsorge zurück in die öffentliche Hand zu geben. Im Gesundheitswesen betrifft dies vor allem die Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen. Dabei fordern wir das Land auf, den Kommunen finanziell unter die Arme zu greifen. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist uns der Erhalt der Geburtskliniken: Auch hier muss das Land die Kommunen unterstützen.

75 **5. Stark für die Kleinsten:** Die SPD baut Plätze und Angebote zur Kinderbetreuung aus. Wir verbessern die Qualität, starten Fachkräfteoffensiven und wollen Familien konkret entlasten. Das Land bleibt in der Pflicht, die Elternbeiträge abzuschaffen und die Einnahmeausfälle von Kommunen und den anderen Trägern zu kompensieren.

80 **6. Den Ganzttag im Blick:** Unsere Schulen stehen vor enormen Herausforderungen. Die SPD wird sie stärken, sanieren und modernisieren. Der Rechtsanspruch auf den Ganzttag ab 2026 ist für alle Kommunalpolitiker*innen eine enorme Herausforderung. Wir arbeiten an individuellen Konzepten vor Ort und setzen uns für eine verstärkte Kooperation mit Vereinen und Verbänden ein. Gleichzeitig fordern wir die Landesregierung auf, endlich ihren Verpflichtungen beim Ausbau der Ganzttagsschule nachzukommen.

85 **7. Arbeitsplätze bei uns vor Ort:** Die SPD stärkt die regionale Wirtschaft vor Ort, indem sie für die vielen kleinen und mittleren Unternehmen die besten Bedingungen schafft:

105 genügend Gewerbeflächen, schnelle Genehmigungen, gut ausgebaute Infrastruktur. Das
sichert und schafft auch gute Arbeitsplätze. Die klimaneutrale Transformation von
Wirtschaft und Gesellschaft bietet enorme Chancen für Schleswig-Holstein, seine
Unternehmen und seinen Arbeitsmarkt.

110 **8. Lebensqualität – das zeichnet Schleswig-Holstein aus:** Wir wissen um die Stärken
unseres Landes: Schleswig-Holstein ist lebenswert – hier kann man gut und gerne alt
werden. Dazu gehört für uns der Erhalt und die Sicherung unserer natürlichen
Lebensgrundlage. Das dies auch in unsicheren Zeiten voller Veränderungen so bleibt,
stellen wir als unseren Anspruch in den Mittelpunkt unserer Politik. Das zeigt sich in jeder
115 einzelnen Kommune und wird von uns mit Leben gefüllt.

120 Alle diese Aufgaben lassen sich nur dann realisieren, wenn ein aktiver Staat genau darauf
ausgerichtet ist. Eine breit aufgestellte öffentliche Daseinsvorsorge ist für uns deshalb
selbstverständlich und wir wollen diese nicht weiter zurückbauen, sondern ausbauen. Nur
wenn wir sicherstellen, dass zentrale Güter allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung
stehen, können wir von einer gerechten Gesellschaft sprechen. Daran zu arbeiten, das ist
soziale Politik für Dich.

Antragsbereich K/ Antrag 2

Kreisverband Nordfriesland

AG 60plus

Krankenhausfinanzierung / Landeskrankenhausplanung

(Angenommen in geänderter Fassung)

5 Die SPD Schleswig-Holstein befürwortet im Grundsatz die von Bundesgesundheitsminister
Lauterbach vorgestellte Reform der Krankenhausfinanzierung mit dem Ziel, die aus
betriebswirtschaftlichen Gründen derzeit mengenorientierte Krankenhausversorgung auf
eine Ausrichtung nach medizinischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten umzustellen.
Hier ist insbesondere die Einführung eines mehrdimensionalen Systems zur Übernahme
von Vorhaltekosten und die engere Verzahnung zwischen stationärem und ambulatem
Sektor zu nennen.

10 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, für eine schnelle Umsetzung der
Reformvorschläge zu sorgen. Gleichzeitig wird die SPD-Bundestagsfraktion aufgefordert,
das aufgelegte 6-Milliarden-Euro-Programm für den Ausgleich von Inflations- und
Energiekosten auszuweiten und kurzfristig ein Sonderprogramm zur energetischen
15 Sanierung von Kliniken aufzulegen. Dabei sind kommunale und freigemeinnützige
Krankenhäuser besonders zu berücksichtigen.

20 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert,
- sich für eine Ausrichtung der Landeskrankenhausplanung auf die grundsätzliche
Zielrichtung des Vorschlages des Bundesgesundheitsministeriums zur Neuregelung der
Krankenhausfinanzierung einzusetzen. Zu einer zukunftssicheren Finanzierung der
Krankenhäuser gehört, dass das beschäftigte Personal, insbesondere in der Pflege von
einem gültigen Tarifvertrag erfasst, die Servicedienstleistungen in den gleichen Tarifvertrag
eingebunden werden und so durch eine gut bezahlte Ausbildung und später Arbeit dem

Fachkräftemangel entgegengewirkt wird.
25 - und darauf hinzuwirken, dass landesweit Krankenhäuser überwiegend in öffentlicher, insbesondere kommunaler oder frei gemeinnütziger Trägerschaft geführt werden. Die Krankenhausförderung durch das Land ist vorrangig darauf abzustellen. Konkret muss die Landeskrankenhausplanung landesweit vollständig und verbindlich festlegen, welche medizinischen Leistungsangebote an welchem Ort vorzuhalten und mit
30 Vorhaltekosten zu finanzieren sind.

*Diese Struktur muss berücksichtigen, dass ein Regelkrankenhaus mit interdisziplinärer Notaufnahme nach 30 Minuten PKW-Fahrzeit erreicht werden sollte. Ist dies auf Grund
35 von geografischen Bedingungen, wie Inseln, Halligen, o.ä. nicht möglich, so muss gegeben sein, dass medizinisches Fachpersonal abseits des Rettungsdienstes in der vorher genannten Zeit zu erreichen ist. Ein besonderes Augenmerk sollte auch auf die Schwerpunktversorgung durch Cardiac Arrest Zentren, Stroke Units, Schwerverletztenzentren, Geburtshilfezentren und ähnliche gelegt werden. Hierbei sollten
40 alle Zentren für alle Regionen Schleswig-Holsteins gleich gut zu erreichen sein, ohne dass dabei auf die Anbindung an notwendige interdisziplinäre Versorgung verzichtet wird. Für eine derartige Versorgung hat das Land seine Verpflichtung zur Finanzierung der Investitionen zu 100 Prozent zu gewährleisten.*

45 Das Krankenhausgesetz für das Land Schleswig-Holstein – Landeskrankenhausgesetz – (LKHG) ist entsprechend anzupassen.

Antragsbereich K/Antrag 4

Juso Landesverband S-H

Die Würde des Menschen ist unantastbar - sogenannte defensive Architektur verhindern

(Angenommen in geänderter Fassung)

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Wir fordern eine starke Regulierung der defensiven Architektur in deutschen Städten und Gemeinden. Dies beinhaltet das Verbot defensiver Architektur in kommenden Bauprojekten im öffentlichen Raum und im öffentlichen Personennahverkehr sowie den Rückbau solcher Bauelemente. Solche Bauelemente beinhalten (beispielhaft):

- 10 • Bänke mit starken Rundungen oder Armlehnen in geringem Abstand zueinander
- Betonklötze mit Spitzen
- unter Brücken blaues Licht (damit Menschen, die Drogen konsumieren ihre Venen nicht sehen können)
- Musik oder Ultraschall in Orten wie Bahnstationen
- 15 • das bewusste Entfernen von Objekten, z.B. Bänken, damit diese nicht als Schlafmöglichkeit genutzt werden

Außerdem fordern wir schlussfolgernd, dass es auf kommunaler Ebene eine Möglichkeit geben muss, defensive Architektur auf öffentlichem Grund zu melden. Dies soll ermöglichen, auf übersehene architektonische Probleme hinzuweisen und muss möglichst bürokratiearm erfolgen können.
20

Unter defensiver Architektur (auch häufig Anti-Obdachlosen-Architektur; Feindliches

Design, englisch: hostile architecture) versteht man im Städtebau technische Maßnahmen, die Menschen nicht dazu verleiten lange zu verweilen. Beispiele für solche Installationen sind Bänke mit starken Rundungen oder Armlehnen in geringem Abstand zueinander sowie Betonklötze mit Spitzen unter Brücken. Solche Maßnahmen sollen vor allem dazu führen, dass sich Menschen ohne festen Wohnsitz aber auch junge Menschen an diesen Orten nicht allzu lange aufhalten. Das Ziel dieser Maßnahmen ist es, dass es nicht zu kriminellen Handlungen kommt oder zu einer Vermüllung, um das Ansehen der jeweiligen Stadt und Kommune zu wahren.

Dies führt dazu, dass vor allem Menschen ohne festen Wohnsitz es noch schwieriger haben einen Ort zum Schlafen oder für die Betreuung von Körperhygiene zu finden. Außerdem werden diese Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben gedrängt, da ihre Art zu leben nicht in das Normbild vom privilegierten Menschen passt. Dies hat große Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Menschen ohne festen Wohnsitz. Nur durch das Errichten defensiver Architektur wird Obdachlosigkeit nicht bekämpft, nur aus dem Blick anderer Menschen verbannt. Probleme werden nicht gelöst, sondern nur verlagert oder verschlimmert. Das kann und darf nicht unser Ziel sein!

Auch jungen Menschen werden häufig keine Räume zur Verfügung gestellt und die Plätze, die sie für sich finden durch solche Maßnahmen genommen. Statt in defensive Architektur zu investieren könnten die dafür nicht genutzten finanziellen Mittel benutzt werden, um öffentliche Räume des Zusammenkommens zu fördern und auszubauen. Der Einsatz von blauem Licht, z.B. in öffentlichen Toiletten und Bahnunterführungen soll den Gebrauch von intravenösen Drogen verhindern, da die blauen Venen nicht mehr zu erkennen sind. Dies führt aber nicht dazu, dass keine Drogen konsumiert werden, sondern dass diese in einem riskanten Umfeld injiziert werden. Dies erhöht das Risiko medizinischer Notfälle und in schweren Fällen kann es zum Tod führen. Diese Maßnahme muss augenblicklich verboten werden!

Wir setzen uns stattdessen für die Errichtung von Konsumräumen ein. Dort können Suchtkranke sicher konsumieren und bei drogenbezogenen, gesundheitlichen oder sozialen Problemen entsprechende Hilfen in Anspruch nehmen.

Der Blick auf die Ursprünge defensiver Architektur verdeutlicht noch einmal, dass hinter diesem Begriff eine diskriminierende und menschenfeindliche Überzeugung steckt: Die ersten aufgezeichneten Beispiele defensiver Architektur sind im 19. Jahrhundert in den USA zu finden. Hier wurde diese Form der Architektur genutzt, um die Segregation nach Hautfarbe zu unterstützen. Allein diese geschichtliche Herkunft macht deutlich, dass wir uns von diesem Konzept schon längst verabschiedet haben müssten! Defensive Architektur ist ein Einschnitt für alle Bevölkerungsgruppen. Der Abbau von Bänken und Rastmöglichkeiten in Innenstädten führt dazu, dass ältere Menschen keine Stellen für Pausen finden und somit für sie ein Besuch in Städten immer unattraktiver gestaltet wird. Des Weiteren kann defensive Architektur dazu führen, dass Orte ihre Barrierefreiheit verlieren. Man sieht: Defensive Architektur löst keine Probleme und führt ebenfalls nicht zu einer höheren Sicherheit. Sie führt nur dazu, dass eine Vielzahl von Menschen unter einer unmenschlichen und von Verachtung geprägten Überzeugung Nachteile erfahren - unserer Meinung nach ist dies untragbar.

Transformation

Gerechte Transformation braucht einen starken Staat: Die sozialdemokratische Klima-Strategie für Schleswig-Holstein

(Angenommen in geänderter Fassung)

250 Jahre lang gründete sich der Wohlstand unserer Industriegesellschaft auf dem Verbrennen von Kohle, Öl und Gas. Das führt zur Erderwärmung und bedroht unsere Lebensgrundlagen. Das hat uns abhängig von autoritären Regimen und deren fossilen Energiequellen gemacht. Zuletzt hat der Ukrainekrieg deutlich gezeigt, dass es beim schnellen Ausstieg aus den fossilen Energien nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um Fragen der Energiesicherheit und Energieunabhängigkeit geht. Die in Folge des Krieges steigenden Gas- und Ölpreise führen gerade zu großen sozialen und wirtschaftlichen Belastungen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass am Ende der Energie- und Klimatransformation mehr Wohlstand und ein besseres Leben für alle möglich sind. Uns stehen die finanziellen Ressourcen, das Wissen, die Technologien und die sozialen sowie wirtschaftlichen Fertigkeiten dafür zur Verfügung. Deshalb wollen wir in Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2040 aus dem fossilen Zeitalter aussteigen.

Aber der Umbau muss gestaltet werden. Wir wollen verhindern, dass bezahlbare erneuerbare Energie, ein warmes Zuhause, nachhaltige Mobilität oder klimaneutrale Produkte ein Luxus werden, den sich nur wenige leisten können. Alle Menschen müssen gleichberechtigt an der klimaneutralen Zukunft teilhaben können und sichere, gute Arbeitsplätze haben. Das zu garantieren ist für uns als Sozialdemokratie die wichtigste Aufgabe von Politik. Und wir haben einen konkreten Plan für die Umsetzung.

Die Klimatransformation dem Markt zu überlassen gefährdet den sozialen Zusammenhalt

Deutschland hat sich gesetzlich dazu verpflichtet, bis 2045 klimaneutral zu werden. Als SPD wollen wir dieses Ziel in Schleswig-Holstein schon 2040 erreichen. Dafür ist bis 2030 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 65 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 notwendig. Für dieses Zwischenziel müssen wir den Treibhausgasausstoß in Schleswig-Holstein in den nächsten acht Jahren von heute 24 Millionen Tonnen auf 12 Millionen Tonnen halbieren. Das ist das Sechsfache der Einsparungen, die wir in den letzten acht Jahren geschafft haben.

Das belegt, immer neue Ziele reichen nicht aus. Wir müssen sie auch konkret erreichen und dabei die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Menschen klimaneutral werden können. Zwar haben wir die notwendigen Technologien und wissen, wie wir mit Windkraft, Solarenergie, Wärmenetzen, Wasserstoff, Wärmepumpen und Speichern klimaneutral und unabhängig von fossilen Brennstoffen werden können. Wenn wir aber nur die Klimagesetze immer schärfer machen und den Rest dem Markt überlassen, spalten wir die Gesellschaft.

Klimaschutz kostet Geld. Das eigene Haus zu dämmen und eine Wärmepumpe einzubauen ist eine große Investition. Hinzu kommen Ausgaben für die Solaranlage auf dem Dach und den Speicher im Keller. Auch das neue E-Auto kostet in der Anschaffung mehr als der alte Benziner. Die Verantwortung darf deshalb nicht allein auf einzelne Haushalte abgeladen werden.

50 Aktuell gilt in vielen Bereichen die Logik, dass die Menschen das notwendige Geld dafür schon zusammensparen. Zusätzlich helfen Länder oder Bund mit etwas Förderung. Dieser Ansatz ist aber keine echte Antwort auf die drohende gesellschaftliche Spaltung. Angesichts der Tatsache, dass das Medianeinkommen in Deutschland bei 15.000 Euro liegt, werden sich viele niemals aus eigener Kraft klimaneutral machen können. Ein Förderprogramm scheitert, wenn der Eigenanteil nicht finanziert werden kann.

55 **Durch die Energie- und Klimatransformation zu neuer wirtschaftlicher Stärke**

60 Für Schleswig-Holstein liegen riesige wirtschaftlichen Chancen in der Energie- und Klimatransformation. Die große Verfügbarkeit von Windkraft und anderen erneuerbaren Energien in Kombination mit bestehenden industriellen Strukturen sind einmalig in Deutschland. Schleswig-Holstein ist attraktiv für Neuansiedlungen und kann Vorbild für die Transformation bestehender Industrie sein.

65 Aber der internationale Wettbewerb um Technologieführerschaft und die Führungsrolle in der industriellen Transformation hat volle Fahrt aufgenommen. Schleswig-Holstein ist auf dem Weg, das erste grüne Industrieland zu werden, in Konkurrenz mit vielen anderen Orten in der Welt. Die Investitionsbedarfe für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft und die Ansiedlung neuer Produktionsstätten sind enorm. Deshalb brauchen wir eine aktive Industriepolitik, die durch gemeinsame Investitionen mit der Wirtschaft gute Arbeitsplätze sichert und neue schafft.

70 **Wir brauchen den Staat als Garant für sozialen Ausgleich in der Energie- und Klimatransformation**

75 Die soziale und die industrielle Dimension der Energie- und Klimatransformation zeigen: Beides wird nur gelingen, wenn der Staat in die Verantwortung geht. Er darf diese Aufgabe nicht auf den Einzelnen abwälzen. Der Staat muss die erforderlichen Veränderungen sozial gerecht organisieren. Das bedeutet, für den Bau neuer gemeinschaftlicher Infrastrukturen zu sorgen: Leistungsstärkere und intelligente Stromleitungen. Wärmenetze, die klimaneutral erwärmtes Wasser über Leitungen in Häuser bringen. Ladesäulen für E-Autos überall im Land und nicht nur da, wo sie sich lohnen. Neue Bahnschienen und Busse, die mit Strom oder Wasserstoff fahren. Saubere Fabriken, die über moderne Verbundsysteme neue Kreislaufprozesse zur Energieeinsparung nutzen. Das Land muss den Bau dieser Infrastrukturen in enger Kooperation mit Bund und Kommunen angehen.

85 Die Voraussetzung für die Nutzung all dieser Infrastrukturen ist der Ausbau Erneuerbarer Energien. Je weniger erneuerbarer Strom, desto höhere Rechnung. Je weniger erneuerbarer Strom, desto weniger Industriearbeitsplätze. Je weniger erneuerbarer Strom, desto kostspieliger wird die Mobilität der Zukunft. Je weniger erneuerbarer Strom, desto teurer werden Wärme und Kälte. Deshalb ist der Ausbau von Windenergie an Land und auf der See, Solarenergie auf Dächern und in der Fläche für die SPD ein zentraler Hebel einer sozial gerechten Transformation.

90 **Welche Ziele wir für eine gerechte Energie- und Klimatransformation bis 2030 erreichen wollen**

- 95 • Wir werden die Treibhausgasemissionen um 65 Prozent gegenüber dem Vergleichsjahr 1990 senken.
- Wir werden 40 Prozent aller Haushalte in Schleswig-Holstein an ein Wärmenetz anschließen.
- 100 • Wir sorgen für den Bau von 30.000 Ladesäulen für E-Autos, die eine flächendeckende Versorgung im Land sicherstellen.

105 • *Wir werden aber auch immer mehr Menschen von der Nutzung individueller motorisierter Verkehrsmittel unabhängig machen. Dazu gehört, die fehlgeschlagene Privatisierung von Eisenbahnbetreibergesellschaften rückgängig zu machen und wieder öffentliche Verantwortung für die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung zu übernehmen.*

110 • Wir sorgen für die energetische Sanierung aller Schulen und von einem Viertel der Landesliegenschaften.

• Wir ermöglichen die Umstellung der großen Kraftwerke im Land auf eine klimaneutrale Wärmeerzeugung.

115 • Wir werden alle Projekte im Landesnahverkehrsplan ausfinanzieren und umsetzen.

• Wir werden die Stromnetze in Städten und Gemeinden für die dezentrale Energiewende ertüchtigen.

120 • *Wir werden in ausreichendem Maße Speicherkapazitäten schaffen, um die Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen im Lande optimal und nachhaltig auszunutzen.*

125 • Wir vernässen 8000 ha an Moorflächen.

• Wir finanzieren das Katastrophenschutzkonzept des Landes aus und setzen es um.

130 • Wir schaffen 2,4 Gigawatt an Elektrolyse-Kapazität für Wasserstoff in Schleswig-Holstein.

Die Energie- und Klimatransformation muss gerecht finanziert werden

135 Die Erreichung dieser Ziele wird Geld kosten. Allein in Schleswig-Holstein werden bis zum Jahr 2030 zusätzliche Milliarden an öffentlichen Investitionen notwendig sein, um die Transformation des Gebäudesektors, der Mobilität, der Wärmeversorgung und der Industrie sowie die Anpassungen an die Herausforderungen des Klimawandels entschieden voranzutreiben.

140 Die Investitionen müssen überwiegend von den Kommunen und vom Land getätigt werden. Ein Teil dieser Bedarfe kann aber durch zusätzliche Mittel des Bundes oder der EU finanziert werden. Zusätzlich soll eine Landesinfrastrukturgesellschaft Investitionen durch eigenständige Fremdkapitalmobilisierung sichern und so die Finanzierungsbedarfe des Landes und mittelbar der Kommunen reduzieren. Die Investitionen in die
145 Versorgungsinfrastruktur werden sich zudem mittel- und langfristig durch den Betrieb refinanzieren lassen. Das gilt insbesondere für Wärmenetze, Stromnetze und die Wasserstoffinfrastruktur.

150 Die Vorlaufzeit für die Planung und den Bau der benötigten Infrastrukturen und die Absicherung privatwirtschaftlicher Investitionen erfordert die Bereitschaft des Landes, heute aktiv zu werden und die Investitionen anzustoßen. Für die Energie- und Klimatransformation braucht es Investitions- und Planungssicherheit.

155 Den Klimawandel aufzuhalten sowie Kohle, Gas und Öl zu ersetzen, ist eine riesige Herausforderung. Wer behauptet, dass diese Menschheitsaufgabe nebenbei aus den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen finanziert werden kann, will entweder den Sozialstaat schleifen oder sagt die Unwahrheit. Gleichzeitig sind wir der Auffassung, dass

weder die Folgen des Klimawandels noch die finanziellen Lasten der Transformation nur von kommenden Generationen getragen werden sollen.

160

Die Organisation der Klimatransformation - auf einem sozial und industriepolitisch abgesicherten Pfad - ist in den finanziellen Dimensionen mit dem Kraftakt der deutschen Einheit vergleichbar. Auch diesmal geht es darum, große zusätzliche Investitionen für Staat und Gesellschaft in einem begrenzten Zeitraum zu bewältigen. Einen Teil der Kosten wollen wir deshalb mit einem Transformations-Solidaritätszuschlag finanzieren, der bis zum Jahr 2045 als Aufschlag auf die Einkommens-, Körperschaft- und Kapitalertragsteuer erhoben wird. Der Transformations-Soli soll vor allem die Finanzkraft von Kommunen und Ländern als Träger und Betreiber der entscheidenden Infrastrukturen im Bereich Mobilität, Wärme und Industrie stärken.

165

170

Allerdings braucht es zur Umsetzung andere Mehrheiten im Bund. Wir können aber angesichts der notwendigen Geschwindigkeit nicht warten, bis wir neue Instrumente der Finanzierung entwickelt haben. Die einzige kurzfristige Alternative ist deshalb die Aufnahme zusätzlicher Kredite für die gerechte Klimatransformation, die auch innerhalb der Schuldenbremse möglich sind.

175

Schleswig-Holstein braucht einen Transformationsfonds (TraFo.SH)

180

Wir wollen einen Transformationsfond (TraFo.SH) einrichten, der die erforderlichen öffentlichen Investitionen durch Land und Kommunen absichert. Als Sondervermögen wird das Geld langfristig zur Finanzierung neuer Infrastrukturen zur Verfügung stehen. Aus diesen Mitteln wird auch eine Landesinfrastrukturgesellschaft kapitalisiert, die privatwirtschaftlich lohnende Investitionen finanziert und eigene Fremdfinanzierung mobilisieren kann.

185

190

Der Fonds schafft über Jahre Investitionssicherheit und garantiert, dass Fördermittel der EU und des Bundes konfinanziert werden können. Als Ergebnis holen wir mehr Geld in den Norden und stärken unsere Wirtschaftskraft. Zudem haben wir mit den zusätzlichen Mitteln eine realistische Chance, unsere Klimaziele wirklich einzuhalten. Aktuell reißen wir sie jedes Jahr. Und wir sorgen mit dem Fonds für gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil so wirklich alle Menschen unabhängig vom Geldbeutel klimaneutral werden können. Der Wandel wird dadurch sozial gestaltet.

Mit Blick auf das Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und angesichts der Energiekrise in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind im Rahmen der in der Landesverfassung festgelegten Notfallklausel Kredite außerhalb der Schuldenbremse möglich.

Antragsbereich T/ Antrag 2

Landesvorstand

Bessere Planung & Kostensteigerungen für Erneuerbare Energien reduzieren

(Angenommen in geänderter Fassung)

In SH sind laut SH Netz 10 GW aus Erneuerbaren Energien angeschlossen. Es gibt Anfragen für weitere 5 GW aus Windkraft und 15 GW aus Solarstrom. Im Jahr 2022 hatten wir in SH nur einen Zubau von insgesamt 0,5 GW. 2014 waren es zum Beispiel 1,2 GW.

5

Um das Ziel bis zum Jahr 2030 insgesamt 30 GW neu anzuschließen muss dringend eine Beschleunigung der Planungsprozesse erreicht werden und eine landesweite Koordination der Verteilnetzplanung und -steuerung für den Ausbau von Photovoltaik und Windenergie geschaffen werden.

10

Zusätzlich müssen endlich die höheren Netzkosten für Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner beseitigt werden. Es ist nicht einsehbar, warum wir höhere Netzentgelte zahlen sollen als Süddeutsche Bundesländer. Das bekannte Problem wurde bis heute nicht beseitigt und führte nun wieder zu höheren Strompreisen, die mit Steuergeld gedeckelt werden müssen.

15

Es muss zukünftig auch möglich sein, dass Ausbaumaßnahmen, die sich aus bereits absehbaren, zukünftigen erneuerbaren Energieanlagen ergeben, frühzeitig durchgeführt und kostenseitig berücksichtigt werden. Dazu gehört das Einplanen hinreichender Speicherkapazitäten, damit beispielsweise Windräder nicht mehr wie derzeit bei „Überproduktion“ abgeregelt werden müssen.

20

Abschließend muss die Strompreisentstehung endlich die niedrigeren Kosten der Erneuerbaren Energien Produktion widerspiegeln. Die Preisvorgabe durch die Kosten für das letzte benötigte deutsche Kraftwerk muss endlich beendet werden.

25

Bildung

NEU: Frühkindliche Bildung für alle Kinder in Schleswig-Holstein ermöglichen

(Angenommen)

5 In unserer frühen Kindheit werden die Grundlagen für unser spätes Leben gelegt: unsere Fähigkeiten werden gestärkt und unsere Werte, also die mit uns selbst und im Umgang mit anderen Menschen und der Umwelt bestimmt. Folglich sind unsere Kindertageseinrichtungen mehr als bloße Betreuungsmöglichkeiten und die Chance auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf: sie sind Bildungseinrichtungen.

10 Damit unsere Kindertageseinrichtungen bestens aufgestellt sind und unsere Kinder in Schleswig-Holstein alle die gleichen Startchancen haben, fordert die SPD Schleswig-Holstein:

15 - Alle räumlichen und finanziellen Möglichkeiten sollen für den notwendigen KiTa-Ausbau genutzt werden, um KiTa-Plätze im Land bedarfsorientiert auszubauen. Mögliche Träger müssen hierzu gewonnen werden.

- Der Paragraph 35 des Kindertagesförderungsgesetzes ist so zu ändern, dass die Prüfung und Rückförderungen von Fördermitteln durch den örtlichen Jugendhilfeträger nicht zu betriebswirtschaftlich negativen Folgen bei den KiTa-Trägern führt.

20 - Die beitragsfreie KiTa soll schnell und flächendeckend in Schleswig-Holstein umgesetzt werden. Zudem sollen die Verpflegungskosten einheitlich regelt werden. Eine mögliche landesweite Deckelung oder Übernahme der Verpflegungskosten sollen geprüft werden.

25 - Eine nachhaltige und umfassende Fachkräfteoffensive in der frühkindlichen Bildung ist auf den Weg zu bringen. Die Strategie soll folgende Punkte enthalten:

o Durchführung eines Fachkräfte-Monitorings, um den Bedarf an fehlenden Erzieher*innen und SPAs zu ermitteln.

30 o Aufnahme der Ausbildung der Fachkräfte in das Berufsbildungsgesetz

o Ausweitung der PiA-Plätze (Praxisintegrierte Ausbildung)

35 o Einführung von "helfende Hände" für alle Kindertagesstätten unabhängig vom Fachkraft-Kind-Schlüssel und unterer Bedingung, keine pädagogischen Tätigkeiten auszuführen, um die pädagogischen Fachkräfte zu entlasten

o generell unter keinen Umständen eine Absenkung des Fachkraft-Kind-Schlüssels

40 o Ausweitung der Fachberatungsstellen, um eine bessere qualitative Begleitung der Fachkräfte zu ermöglichen

o Erhöhung der Verfügungszeiten und Leitungsfreistellungen

- Der Einsatz von Sprachfachkräften soll für alle KiTa-Einrichtungen möglich sein. Um den

45 Beruf attraktiver zu machen, müssen diese Fachkräfte besser bezahlt werden. Ebenfalls sollen die Koordinierungskräfte dauerhaft vom Land gewahrt werden und rechtskreisgreifend arbeiten können. Für die Sicherstellung der Qualität der Sprachkitas müssen auch hier die Fachberatungsstellen aufgestockt werden.

Antragsbereich B/ Antrag 4

AG Migration & Vielfalt

Wir fordern kultursensible Sprachmittler:innen in Kitas/Schulen und bei ärztlichen Untersuchungen!

(Angenommen)

Die kultur- und sprachensible Hilfe und Unterstützung zum maximalen Schutz für Kinder und Jugendliche muss gewährleistet sein.

5 Vor allem in Kitas und Schulen ist diese Hilfe erforderlich, um Defizite und Traumata zu erkennen und eine entsprechend individuelle Förderung und Therapie zu ermöglichen. Diese Unterstützung hilft auch dem Kita-Personal und Lehrkräften, die Schutzsuchenden zu verstehen und entsprechend den Bedürfnissen zu fördern. Die kultursensiblen Sprachmittler:innen können auch familiär ausgelöste Situationen besser einschätzen und an
10 entsprechende Einrichtungen/Organisationen/Behörden verweisen.

Vor allem bei medizinischen Untersuchungen und Gesprächen ist die kultursensible Anamnese sehr wichtig. Medizinisches Personal können so sprachliche und kulturelle
15 Barrieren im Sinne des Kindes/Minderjährigen einschätzen und die richtige Diagnose ermitteln.

Kultursensible und pädagogisch geschulte Sprachmittler müssen daher in Kitas und Schulen zur Verfügung gestellt werden.

20 Hierfür muss die Landesregierung die entsprechenden Regelungen erlassen und Gelder bereitstellen.

Antragsbereich B/ Antrag 5

AfB Bildung LV

Berufserfahrung würdigen, interkulturelle Chancen erschließen: Für einen gleichberechtigten Einsatz ausländischer Lehrkräfte in Schleswig-Holstein

(Angenommen)

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, Lehrkräften, die ihre Ausbildung im Ausland erhalten haben, den vollwertigen Einsatz an schleswig-holsteinischen Schulen zu erleichtern - damit dieser ihnen nicht, wie es derzeit noch unter
5 mehreren Aspekten der Fall ist, unnötig erschwert wird.

Zu den notwendigen Erleichterungen gehört:

10 - eine Aussicht auf Verbeamtung auch mit einem einzigen Unterrichtsfach, sofern die im Ausland abgeschlossene Ausbildung sich auf dieses eine Fach gründete (unter der Voraussetzung, dass Fach bzw. Fachrichtung auch an schleswig-holsteinischen Schulen

Verwendung finden)

- 15 - die Möglichkeit zum Bestehen des Anerkennungsverfahrens bereits mit Sprachkenntnissen auf dem Niveau C1 – und gegebenenfalls beschäftigungsbegleitende Maßnahmen zum Erreichen des bislang geforderten Niveaus C2
- 20 - eine zügige Angleichung, was die Anerkennung bereits erworbener Berufserfahrung angeht, zwischen der Praxis hinsichtlich anderer EU-Länder und außereuropäischem Ausland
- 25 - die bedarfsgerechte Ausweitung des Angebots „International Teacher“, wie es seit 2019 an den Universitäten in Kiel und Flensburg aufgelegt wird, einschließlich weiterer Hilfen zur Finanzierung des Lebensunterhalts während der Ausbildungszeit (analog BAFöG?)
- 30 - ein Einsatz, der sich verstärkt an der vorliegenden Qualifikation und nicht allein am „Stopfen von Lücken“ im schleswig-holsteinischen Schulwesen orientiert
- und der eine nachhaltige Berufsperspektive auch jenseits von Vertretungen und DaZ-Einsätzen ermöglicht
- die Vermeidung von „Fehlverwendungen“ wie Schulbegleitung für im Ausland fertig ausgebildete Lehrkräfte

Antragsbereich B/ Antrag 6

AsF

Alle Menschen in pädagogischen Berufen durch das Land bezahlen

(Angenommen in geänderter Fassung)

- 5 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass alle pädagogisch tätigen Menschen an allen öffentlichen Schulen und im rythmisierten Ganztage in Schleswig-Holstein vom Land bezahlt werden.

Antragsbereich B/ Antrag 7

AfB Bildung LV

Wir fordern: Bildungsfinanzierung muss Chancengleichheit ermöglichen! Deshalb Bildung solide, verlässlich und bedarfsgerecht finanzieren.

(Angenommen)

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 5 Gute Bildung kostet Geld und ist die beste Investition in unsere Zukunft. Wir Sozialdemokraten fordern die gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zum Meister oder Master sowie eine gute Förderung des lebensbegleitenden Lernens. Deshalb brauchen wir eine gesamtstaatliche Anstrengung der Bildungsfinanzierung von Kommunen, den Ländern und dem Bund. Wir fordern daher die Schleswig-Holsteinischen Abgeordneten im Bundes- und im Landtag auf, sich entsprechend des Bundesparteitagsbeschlusses zeitnah dafür einzusetzen, dass der Weg zur schrittweisen Schließung der Lücke zu den OECD-Spitzenstaaten bei den Bildungsausgaben begonnen wird.[1]
- 10

Wir sorgen dafür, dass die Belastung gerecht verteilt wird!

15

Im Zuge der neu geschaffenen Möglichkeiten durch die Änderung des Grundgesetzes wollen wir den Rahmen für mehr Kooperationen von Bund und Ländern bei der Bildungsfinanzierung ausschöpfen und deutlich mehr Impulse für gemeinsame Projekte setzen. Darüber hinaus erwarten wir von denjenigen, die besonders hohe Einkommen, Erbschaften oder Vermögen haben, dass sie einen zusätzlichen finanziellen Beitrag zur Modernisierung unseres Bildungswesens leisten. Investitionen müssen die massiven Unterschiede zwischen den reichen und armen Regionen beenden und vorrangig in eine Personaloffensive für Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher, in den Ganztagschulausbau und die Schaffung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen fließen. Zielmarke bleibt für uns, mindestens 7% des BIP für Bildung zu verwenden.[2]

20

25

Das Geld für Bildung muss ankommen!

Jeder Euro, den wir in Bildung investieren, muss auch ankommen. Wir werden uns als Landespartei mit unseren Bundes- und Landtagsabgeordneten dafür einsetzen, dass bei allen künftigen Mitteln für Bildung sichergestellt wird, dass das Geld ankommt und deutlich besser abgerufen werden kann. Hierbei müssen auch Zweckbindungen stärker zum Zuge kommen. Aktuelle Investitionen und Programme müssen dahingehend verbessert werden.

30

35

Ungleiches muss ungleich behandelt werden!

Die Bundestagsabgeordneten der SPD-Landesgruppe SH werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Königsteiner Schlüssel durch den vierdimensionalen multiplen Benachteiligungsindex (MBI) ersetzt wird. Diesen hat die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf Basis ihres Gutachtens entwickelt, um zielgerichtet und zielgruppenspezifisch anhand der jeweiligen Bund-Länder-Vereinbarungen und inhaltlichen Begründungen in Schule zu investieren. Dies muss auf der Grundlage von aktuellen bundesweit zur Verfügung zu stellenden Statistiken zu Schule, Bevölkerung und Finanzen der Länder umgesetzt werden. Gefordert wird ein bundesweiter, einheitlicher Schulsozialindex, der die Unterschiede in der sozialen Konstitution sowie der unterschiedlichen Probleme und Bedürfnisse vor Ort ins Auge fasst.[3] Abweichend vom GEW-Papier werden wir dafür eintreten, dass nicht nur Kriterien, wie der Leistungsbezug herangezogen werden, sondern auch (prekäre) Mehrfachberufstätigkeiten.

40

45

50

Die Mittel des Startchancen-Programms sollen nach länderübergreifenden Bedarfskriterien vergeben werden.[4] Es wird möglichst der länderübergreifende Schulsozialindex angewendet.

55

Die Forderung nach einer Reform der Mittelverteilung zwischen Bund und Ländern steht unter dem Vorbehalt, dass eine Verbesserung für Schleswig-Holstein oder zumindest keine Verschlechterung erreicht werden kann. Der Verteilungsschlüssel der GEW muss zunächst von der Landtagsfraktion im Dialog mit GEW SH und AfB SH geprüft werden und auch andere Alternativen, die Schleswig-Holstein stärken, sofern die Prüfung dies nahelegt.

Antragsbereich B/ Antrag 8

AfB Bildung LV

BNE – Bildung für nachhaltige Entwicklung – stärken!

(Angenommen)

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 5 Die SPD Schleswig-Holstein fordert:
- Eine nachhaltiger wirkende Umsetzung der Landesstrategie zur Bildung nachhaltiger Entwicklung, entlang der 17 SDG's des UNESCO Programmes, muss zeitnah erfolgen
 - Vorhandene Einrichtungen mit Multiplikationseffekt sind gezielt in einem Landesprogramm zur Intensivierung durch eine Struktur zu unterstützen
- 10

Antragsbereich B/ Antrag 9

AfB Bildung LV

Digitale Selbstverletzung verstehen, vorbeugen und verhindern

(Angenommen)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Forderung 1: Digitale Selbstverletzung besser verstehen

5

Wir fordern vom Schleswig-Holsteinischen Landtag die Einberufung einer Expert*innenrunde zum Thema "Digitale Selbstverletzung", die im Dialog mit Expert*innen insbesondere aus den Bereichen der Psychologie, Sozial-, Medienwissenschaften und Pädagogik das Phänomen, seine Ursachen und möglichen Folgen ausführlich beschreibt, zielführende Handlungsempfehlungen erarbeitet und vulnerable Gruppen mit einem besonderen Augenmerk auf soziale Ursachen identifiziert.

10

Forderung 2: Emotionale Kompetenzen an Schulen vermitteln

15 Digitale Selbstverletzung ist für sich genommen schwer zu erkennen, da sie eng mit Einsamkeit und sozialer Isolation zusammenhängen kann. Betroffene, die unter einem stark geminderten Selbstwertgefühl leiden, schotten sich in diesem Fall ganz oder teilweise von ihrer Außenwelt ab. Wir müssen junge Menschen daher möglichst niedrigschwellig an den Orten abholen, an denen sie sich ohnehin befinden: an Schulen. Über digitale Selbstverletzung angemessen aufzuklären ist unserer Auffassung nach eine wichtige Aufgabe einer Bildungspolitik, die nicht nur fachliche, sondern auch emotionale Kompetenzen vermitteln möchte.[1]

20

Wir fordern vor diesem Hintergrund das Erarbeiten von Informationsmaterialien und Broschüren durch das Bildungsministerium, die zielgruppenorientiert das Personal an Schulen, Hochschulen, anderen Bildungseinrichtungen und weiteren Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Eltern über diese neue Facette der Digitalisierung sensibilisieren.

25

Diese Materialien sollten im Dialog mit Expert:innen erarbeitet werden und konkrete Vorschläge für mögliche Veranstaltungen oder Unterrichtseinheiten enthalten, durch die Schülerinnen und Schüler niedrigschwellig über digitale Selbstverletzung aufgeklärt werden. Eine Rücksprache mit der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz ist dabei dringend zu empfehlen.

30

Forderung 3: Sozialräume schaffen

35

40 Ausdrücklich unterstützen wir den parteiübergreifenden Konsens, der seit mehreren Jahren auf den Ausbau psychischer und sozialer Beratungs- und Betreuungsangebote setzt. Für viele junge Menschen, besonders aus Familien mit wenig Geld, stellen diese Angebote wichtige Weichen in eine bessere Zukunft. Diese fordern wir, weiter auszubauen.

45 Wir sind allerdings auch der Überzeugung, dass neben solchen Angeboten das beste Mittel gegen digitale und analoge Selbstverletzung ein gesundes Gefühl der Zugehörigkeit und Selbstwirksamkeit ist. Gerade im Nachklang der Pandemie fordern wir deshalb, verstärkt in Schulen, Hochschulen und weitere Bildungseinrichtungen als Sozialräume zu investieren. Dies sollte mehrere Aspekte umfassen:

- 50 1. Die Schaffung und Finanzierung selbstverwalteter Räume an Schulen und Hochschulen, für deren Gestaltung und Pflege die Schüler:innen bzw. Studierenden selbst verantwortlich sind. Das Land sollte finanzielle Anreize schaffen, um entsprechende Konzepte zu entwickeln.
- 55 2. Die Ausweitung von AGs und Projekttagen, in denen insbesondere sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche etwa durch erste Erfahrungen mit handwerklicher oder künstlerischer Tätigkeit neue Formen des emotionalen Ausdrucks und der Regulation kennenlernen.
3. Den Ausbau der Ganztagschule, der solche Formen des Lernens fest institutionalisiert.
- 60 4. Konzepte zur Kooperation bzw. Verknüpfung von Grundschulen und Familienzentren, die einen niedrigschwelligen Dialog zwischen Kindern, Eltern und pädagogischem Fachpersonal ermöglichen.

Antragsbereich B/ Antrag 10

AfB Bildung LV

Förderung außerschulischer Lernorte mit einem Landesprogramm

(Angenommen)

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Die SPD Schleswig-Holstein fordert:

- Eine verbindliche Struktur, nachhaltig und für alle außerschulischen Lernorte aufzubauen
- Die Ausrichtung der gemeinnützigen Lernorte mit einer Bildungs-, Jugend- und Familien-Programmbindung gleichberechtigt zu fördern
- 10 - Das Bewusstsein für dieses wichtige Standbein des deutschen Bildungssystems zu stärken
- Die Stärkung des Bewusstseins und des programmatischen Grundsatzes, dass Erhalt und Fortschritt in der nachhaltigen Entwicklung sowie dem Umwelt- und Naturschutz und der Kultur- und Demokratieförderung eine entsprechende Bildung von Anfang an voraussetzt
- 15 und auch nur so ausreichend Know-How und Fachkräfte gewonnen werden können, neben dem Aspekt Soziales, als Markenkern sozialdemokratischer Nachhaltigkeitspolitik.

Antragsbereich B/ Antrag 11

“Ich kann alles werden, was ich möchte.” - Chancengleichheit in der MINT-Bildung

(Angenommen)

(MINT: Mathe Informatik Naturwissenschaften und Technik)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Eine echte Gleichstellung der Geschlechter ist nur zu erreichen, wenn diese auch in den MINT-Bereichen gleichberechtigt sind. Momentan sind weniger als 30 Prozent aller MINT-Studierenden weiblich. Im Ausbildungsbereich sind es weniger als 15 Prozent und nicht mal 20 Prozent aller Beschäftigten im MINT-Sektor sind weiblich. Dies zeigt sich auch in Schleswig-Holstein. Im Prüfungsjahr 2019 waren von den Studienbeginner*innen an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel 53 Prozent weiblich. Auffällig ist jedoch die Technische Fakultät, dort lag 2019 der Frauenanteil etwa unter den Studierenden der „Elektrotechnik und Informationstechnik“ bei lediglich rund 15 Prozent.

(FINTA*: Frauen, Inter, Trans, Nichtbinär, Agender *)

Auch im späteren Berufsleben ist dieses zu erkennen. Gerade in den meist gut bezahlten Jobs im IT-Bereich mangelt es an FINTA*-Personen. Durch den Mangel an FINTA*-Personen mangelt es auch an deren Perspektiven in Technik und naturwissenschaftlicher Forschung, was sich in Erfindungen und Entwicklungen widerspiegelt. So kommt es meistens dazu, dass technische Neuerungen in der Entwicklung unbemerkte Fehler zu Lasten von FINTA*-Personen aufweisen. Dies macht sich beispielsweise beim Suchalgorithmus von Google bemerkbar, der z.B. Anwältinnen weiter hinten unten anzeigt, als Anwälte. Gerade in einer digitalisierten und technisierten Zukunft führt dies zu erheblichen Nachteilen für weibliche Personen. Auch zur Bekämpfung des Klimawandels tragen Personen im MINT-Bereich viel bei. Gerade zur Entwicklung nachhaltiger Alternativen zu herkömmlichen Produkten oder der Umstellung auf erneuerbare Energien braucht es mehr MINT-Fachpersonal. Deshalb ist es umso wichtiger, FINTA*-Personen für den MINT-Bereich zu begeistern und zu fördern.

Es wäre möglich, FINTA*-Personen im MINT-Bereich durch Quoten zu fördern, doch wie soll man dies tun, wenn der Anteil der Studierenden bereits sehr gering ist? Eine Förderung muss deshalb deutlich früher beginnen. Dabei gibt es einzelne Projekte, wie z.B. den Girls Day, um Frauen im MINT-Bereich zu stärken und Mädchen zu motivieren. Doch die Zahl der FINTA*-Personen, die bei ihrer Berufswahl den MINT-Bereich wählen, bleiben noch immer gering. Dabei machen FINTA*-Personen bereits im jungen Alter die Erfahrung, dass sie sich in der MINT-Bildung weniger gut aufgehoben fühlen. Viele weibliche Personen geben an, ein geringeres Vorwissen zu haben, wodurch ihnen die MINT-Fächer schwerer fallen. Ebenso zeigen Studien, dass sich viele weibliche Personen besonders in Teamarbeit wohlfühlen und von den Anwendungen der Naturwissenschaften im sozialen Bereich, wie Medizintechnik, angesprochen werden. Dieses entsteht unter anderem aus den vorherrschenden gesellschaftlichen Rollenbildern. Wie, dass Naturwissenschaften besonders schwer seien und nur männliche Personen es schaffen könnten. Dabei interessieren sich 70 Prozent der Mädchen für Naturwissenschaften.

Deshalb wollen wir:

- die Förderung von Konzepten zum experimentell-forschenden Lernen an naturwissenschaftlichen Phänomenen in Kitas, mit besonderem Fokus auf Finta*-Personen,
- mehr Schulbücher im MINT-Bereich von weiblichen Autorinnen, sowie Unterrichtsmaterialien, die vermehrt FINTA*-Personen in Berufen aus den entsprechenden Bereichen zeigen,
- einen zusätzlichen landesweiten MINT-Wettbewerb für FINTA*-Personen,
- Wahlpflichtfächer in der Mittelstufe an Gymnasien, die den MINT-Bereich mit sozialen

Anwendungen verknüpfen (z.B. Klima-/ Umwelttechnik statt "Technik Informatik").

- An Gemeinschaftsschulen soll das Wahlfach Technik in der 7. bis 10. Klasse ebenfalls zu einer Alternative werden, die soziale und ökologische Anwendungen in diesem Bereich mehr mit einbezieht.

55 • In den Fachanforderungen der MINT Fächer verstärkt die Anwendungen des erlernten Wissens verankern (z.B. Verwendung von Röntgenstrahlung in der Medizin in der 12/13 Klasse). Dabei soll nicht nur der Technische Vorgang, sondern auch die Anwendung und der Anwendungsnutzen hervorgehoben werden.

60 • Mehr Unterstützung von Projekten an Schulen zur Förderung MINT-begeisterter Schülerinnen.

- Um interessebedingtes Vorwissen auszugleichen, ist die Gestaltung der MINT-Fächer an Schulen barrierefrei und insbesondere fremdwortarm vorzunehmen.

65 Auch nach der Schule muss eine Förderung weiterhin stattfinden, denn es entscheiden sich nicht nur weniger FINTA*-Personen für ein Studium im MINT-Bereich, sondern es wechseln auch viele im Studium in einen anderen Fachbereich oder arbeiten später nicht im MINT-Bereich. Eine Ursache für den Wechsel liegt nicht zuletzt in überkommenen Rollenbildern. MINT-Frauen werden häufig mit Sätzen wie „Was, so was machst du als Frau?!“ oder „Das sind gar keine richtigen Frauen!“ konfrontiert. Auch fehlen weibliche
70 Vorbilder nicht nur unter den "großen Wissenschaftlerinnen", sondern häufig auch im persönlichen Umfeld. Dies suggeriert vielen, Männer wären die Norm in den Naturwissenschaften und Frauen eine Ausnahme. Auch dass neben einem MINT-Studium zeitlich kaum ein Nebenjob möglich ist, dass wenige in Regelstudienzeit studieren und die
75 Aussicht, ein zeitintensives Studium zu machen, obwohl es sich später eventuell nicht "gelohnt haben könnte", schrecken viele FINTA*-Personen ab, auch weil das naturwissenschaftliche Arbeitsumfeld besonders häufig wenig familienfreundlich gestaltet ist.

Deshalb wollen wir:

80 • die Förderung von dualen Studiengängen in Schleswig Holstein, die den MINT-Bereich mit sozialen Anwendungen verknüpfen,

• Förderung und Entwicklung einzelner Studiengänge in Schleswig Holstein, die den MINT-Bereich mit sozialen Anwendungen verknüpfen (Hybridstudiengänge), z.B. Medizintechnik oder Entwicklungsingenieurwesen, diese Studiengänge können dabei auf
85 die regionalen Begebenheiten in Schleswig Holstein angepasst werden,

- Einführung von Studiengängen nur für FINTA*-Personen an Universitäten in Schleswig-Holstein im MINT-Bereich, ähnlich wie der Frauenstudiengang Maschinenbau an der HRW,

90 • die Unterstützung von Universitäten bei der Einsetzung von FINTA*-Personen als Tutorinnen und Übungsgruppen-Leitungen,

- Mehr Unterstützung von Angeboten, die zeigen, dass MINT-Studiengänge auch für FINTA*-Personen attraktiv sind, wie den Physik-Projekttagen an der CAU,

95 • Beauftragen einer Studie zu Studienabbrüchen im MINT Bereich in Schleswig -Holstein,
• Beauftragen einer Studie Zu FINTA*-Personen im MINT Bereich an Hochschulen in Schleswig Holstein.

Auch bei Ausbildungen im MINT-Bereich ist der Anteil an FINTA*-Personen deutlich geringer. Gerade bei Ausbildungen im IT Bereich macht sich das bemerkbar. In Schleswig-Holstein lag der Frauenanteil in technischen Ausbildungsberufen 2022 bei 11,4 Prozent. Dabei gibt es keine natürlichen Unterschiede in den Fähigkeiten zwischen verschiedenen
100 Geschlechtern im technischen Bereich. Auch wenn dies leider noch immer an einigen Stellen propagiert wird.

Deshalb wollen wir:

105 • mehr Informationsangebote für FINTA*-Personen für nicht akademische MINT-Berufe.

- die Qualifizierung von Ausbilder*innen im MINT-Bereich, Ausbildungen

geschlechtergerecht zu gestalten, in Schleswig Holstein fördern.

- die Betriebe verpflichten, Auszubildende und Student*innen nicht deshalb Praktikumsplätze zu verwehren, weil die Betriebe nicht die erforderlichen Voraussetzungen schaffen wollen (z.B. fehlende Arbeitskleidung oder Toiletten).

110 • Beauftragung einer Studie zu FINTA*-Personen, die eine Ausbildung im MINT -Bereich machen.

Doch auch im späteren Berufsleben zeigt sich im MINT-Bereich ein gravierender Fachkräftemangel an FINTA*-Personen. Dabei fällt vielen Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf hier besonders schwer, da sich der MINT-Bereich sehr schnelllebig weiterentwickelt. Selbst wenn weibliche Fachkräfte gesucht werden, begegnen sie an einigen Stellen einem abweisenden Umfeld. Auch in anderen Bereichen sind FINTA*-Personen bei dem Umgang und Zugang mit Computer-bezogenen Kompetenzen benachteiligt.

120 Deshalb fordern wir:

- Angebote, z.B. an Universitäten, um Frauen den Berufswiedereinstieg zu erleichtern (siehe Wiedereinstiegsqualifizierung an der HAWK),

125 • Förderprogramme für FINTA*-Personen, die Gründer*innen im IT-Bereich sind,
• die Weiterbildung in digitalisierungsbezogenen Kompetenzen auch für Teilzeitarbeitskräfte,

- die Prüfung gendergerechter Gestaltung von Open Educational Resources (= öffentlich zugängliche Lehr- und Lernmittel)

- die Einführung von Qualitätsstandards für Geschlechtergerechtigkeit bei Aus- und Weiterbildung im IT-Bereich.

130 • Besondere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf im MINT Bereich.

- Eine wirkliche Gleichberechtigung der Geschlechter kann nur stattfinden, wenn sie in allen Bereichen gelingt.

Innen & Recht

Antragsbereich I/ **Antrag 1**

AG Migration & Vielfalt

Wir fordern die Absenkung der Zugangs- und Authentifizierungshürden für alle Sprachkursinteressierten und digitale Teilhabe für alle Menschen!

(Angenommen)

(Überwiesen an Bundesparteitag)

- 5 Der Landesparteitag möge beschließen und an Bundesparteitag weiterleiten, dass der Zugang zur digitalen Registrierung für Integrationskurse, bzw. das Online-Zugangs-Gesetz, zielgruppengerecht angepasst werden und eine weitere Registrierungsoption "Videoident" eingeführt wird.

Antragsbereich I/ **Antrag 2**

AsF

Keine „Flüchtlinge zweiter Klasse“!

(Angenommen)

- 5 Es ist sicherzustellen, dass vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtete Menschen ohne ukrainischen Pass, z.B. internationale Studierende und Auszubildende, den gleichen Schutz und die gleichen Chancen erhalten wie ukrainische Staatsangehörige. Ebenso ist dafür Sorge zu tragen, dass die den aus der Ukraine geflüchteten Menschen von der Bundesregierung zugesagte Hilfe und Unterstützung nicht zu Lasten anderer Geflüchteter geht.

- 10 Adressat*innen: SPD-Bürgermeister*innen, Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete in Schleswig-Holstein – SPD-Landesparteitag, ASF-Bundeskonferenz

- 15 Die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete, die stellvertretende Parteivorsitzende und die SPD-Mitglieder des Europaausschusses im schleswig-holsteinischen Landtag werden aufgefordert, eine Reform des europäischen Asylsystems voranzutreiben, mit der asylbeantragende Menschen unabhängig von ihrer Herkunft bzw. von ethnischen oder kulturellen Zuschreibungen Aufnahme und Schutz in EU-Ländern genießen.

Antragsbereich I/ **Antrag 3**

AsF

Soziale Medien als öffentliches Gut

(Überwiesen an Landesvorstand)

- 5 Die SPD wird aufgefordert, sich auch auf *europäischer Ebene* dafür einzusetzen, dass allen Menschen eine Plattform zum digitalen Austausch zur Verfügung steht bzw. gestellt wird, die:

- kostenlos nutzbar ist
 - von unerwünschter kommerzieller Werbung freigehalten wird
 - allein für reale Personen mit einem selbstverantworteten Kommunikationsverhalten gilt
 - bzw. nur solche Bots akzeptiert, die nachprüfbar und relevante Informationen weiterleiten (z.B. bestimmter Presseorgane)
 - gegen nichtautorisierte Verwendung von Nutzer*innendaten geschützt ist
 - von gehäuft destruktiven, bewusst irreführenden und strafrechtlich relevanten Beiträgen regelmäßig gereinigt wird
 - Accounts, die solche Beiträge posten, nach einmaliger (!) Verwarnung vorübergehend deaktiviert und nach dreimaliger Deaktivierung dauerhaft sperrt
 - abgesichert ist gegen Kauf und Monopolisierung, wie sie kürzlich bei Twitter stattgefunden haben. Dabei müssen gegen Monopolisierung auch die Netze des Datenaustauschs abgesichert werden.
- Dazu muss diese Plattform nicht notwendigerweise in staatliches Eigentum übergehen; es genügt auch eine dezentrale Struktur, die punktuell unterstützt werden kann, um die vorgenannten Kriterien zu erfüllen.

Antragsbereich I/ Antrag 5

AsF

Unser Feminismus ist nicht exklusiv!

(Angenommen in geänderter Fassung)

- Die ASF setzt sich für die Anerkennung und Gleichstellung und -berechtigung aller Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen ein. Wir kämpfen für die Rechte auf sexuelle, körperliche und gesellschaftlich-politische Selbstbestimmung von Frauen, inter, nicht-binären und trans* Personen. Ein Feminismus, der FINTA*-Gruppen von dem Recht auf sexuelle und körperliche Selbstbestimmung ausschließt, ist für uns kein Feminismus. Wir positionieren uns klar gegen TERFs (trans-exclusionary radical feminists) und solidarisieren uns mit Sexarbeiter*innen.
- Wir fordern alle SPD-Mitglieder auf, wachsam zu sein gegenüber exklusiven Tendenzen eines vorgeblichen Feminismus, Hassrede gegen FINTA*- Gruppen zurückzuweisen und sicherzustellen, dass diese Gruppen ihres Rechts auf Selbstbestimmung nicht beraubt werden. Exklusions- und Hassrede gegen FINTA* kann sich niemals rechtmäßig auf „Feminismus“ berufen; unser Feminismus ist ein Humanismus!

Antragsbereich I/ Antrag 6

AG 60plus

UN-Altenrechtskonvention

(Angenommen)

- Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Europafraktion sich dafür einsetzen, dass eine UN-Altenrechtskonvention ausgearbeitet wird und zeitnah in Deutschland angewandt wird.

Antragsbereich I/ Antrag 7

Altersdiskriminierung wirksam entgegentreten

(Angenommen)

5 Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Bundestagsfraktion sich für eine erweiterte Gleichbehandlungsrichtlinie einsetzt und gesetzliche Initiativen veranlasst.

Das AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) ist im August 2006 in Kraft getreten und durch ein Begleitgesetz vom April 2013 geändert worden.

10 Die bestehende Charta der Grundrechte der EU und die Gleichbehandlungsrichtlinie für den Bereich „Beschäftigung“ reichen in der existierenden Fassung nicht aus, ältere Menschen außerhalb der Arbeitswelt in den europäischen Staaten vor Diskriminierung zu schützen.

Antragsbereich I/Antrag 8

Das Ehrenamt stärken

(Angenommen in geänderter Fassung)

5 Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein spricht sich dafür aus, dass SPD-Landtagsfraktion und SPD-Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen, dass das Ehrenamt gestärkt, entlastet und mehr wertgeschätzt wird.

Hierfür sind vor allem drei Punkte maßgeblich:

1. Abbau von Bürokratie

10 Die bürokratischen Hürden kosten ehrenamtliche Kräfte viel Zeit und Nerven, die sie in die Gestaltung ihrer eigentlichen ehrenamtlichen Tätigkeiten investieren könnten.

2. Hauptamtliche Unterstützung schaffen

15 Um die vielen Anforderungen an das Ehrenamt aufzufangen und ehrenamtliche Strukturen nicht zu überfordern, müssen hauptamtliche Kräfte vom Staat gestellt werden. Diese können, je nach Struktur des Ehrenamts, auf mehrere Einsatzstellen aufgeteilt werden.

3. Zeitliche Freiräume schaffen und Freistellungsmöglichkeiten ausbauen

20 Was dem Ehrenamt hauptsächlich fehlt, ist Zeit. Aus diesem Grund müssen mehr Freistellungsmöglichkeiten geschaffen werden, um den ehrenamtlichen Kräften mehr Zeit für ihre Arbeit einzuräumen. Darüber hinaus müsse es auch für Teilnehmende von Maßnahmen, die durch Ehrenamt ermöglicht werden, zeitliche Freiräume in Schule und Beruf gegeben werden.

25 Eine weitere Möglichkeit wäre, sich für eine Bundesratsinitiative einzusetzen, dass eine Änderung des Steuerrechts veranlasst wird, wobei die Besteuerung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige erst ab einem Betrag von Euro 500,00 im Monat beginnt.

Eine weitere Möglichkeit könnte sein, für jahrelanges ehrenamtliches Engagement Rentenpunkte gutzuschreiben.

Antragsbereich I/Antrag 9

AG 60plus

Digitalbotschafter*innen

(Angenommen)

Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion sich dafür einsetzt, dass für die Fortschreibung des Landes-Digitalisierungsprogrammes oder die Überarbeitung anderer Projekte zur Förderung der Digitalisierung in Schleswig-Holstein die Aufnahme des Projektes

“Digitalisierungs-Botschafter*innen für Ältere ab 60 Jahren“

mit aufgenommen wird.

Antragsbereich I/Antrag 10

AG 60plus

Digitale Kompetenz für Ältere

(Angenommen)

Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein sich dafür einsetzt, dass im Rahmen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung Mittel eingeplant und später auch eingesetzt werden, um die ältere Bevölkerung durch spezielle altengerechte Schulungen und Endgeräte für die Nutzung der digitalen Techniken zu befähigen.

Antragsbereich I/Antrag 11

AG 60plus

Konzept zum Schutz vor Vereinsamung in Schleswig-Holstein

(Überwiesen an Landesvorstand)

Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion ein Konzept erarbeitet, das der Vereinsamung der alten und hochbetagten Bürger*Innen u. a. auch während einer Pandemie entgegenwirkt.

In dem geforderten Konzept sind Alltagsintegration und Digitalisierung zu integrieren. Im Vorfeld sind die technischen und wo nötig auch die finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Ein sinnvolles Instrument wäre u. a. der präventive Hausbesuch.

AfA

Gerechtere Verteilung der Einkommenssteuertarifzonen in § 32a EStG: Entlastung für niedrige bis mittlere Einkommen!

(Überwiesen an Landesvorstand und SH-Landesgruppe Bundestagsfraktion)

5 Das jährlich vom statistischen Bundesamt ermittelte mittlere Bruttoeinkommen („Durchschnittseinkommen“) muss als Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuertarifzonen gelten.

Dabei ist sich an folgendem Ergebnis zu orientieren:

Wer weniger als 50% des mittleren Einkommens verdient, fällt unter den Grundfreibetrag.

10 Wer 50,1% bis 100% des mittleren Einkommens verdient, dessen Einkommenssteuerlast fällt linear berechnet zwischen dem Eingangssteuersatz von 14% bis zu 24% aus.

Wer 100,1% bis 200% des mittleren Einkommens verdient, dessen Einkommenssteuerlast fällt linear berechnet zwischen dem Grenzsteuersatz 24% bis zu 42% aus.

15 Wer 200,1% bis 400% des mittleren Einkommens verdient, dessen Einkommenssteuerlast liegt konstant bei 42%.

20 Wer mehr als 400,1% des mittleren Einkommens verdient, dessen Einkommenssteuerlast liegt konstant bei 45%.

§ 32a des Einkommensteuergesetzes ist entsprechend anzupassen.

25 Die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion werden gebeten, durch eine Initiative des schleswig-holsteinischen Landtages im Bundesrat dies als Bundesgesetzesinitiative einzubringen.

Die SPD Schleswig-Holstein fordert die Bundestagsfraktion auf, sich für die genannte Änderung des Einkommensteuergesetzes einzusetzen.

Partei

Antragsbereich P/ **Antrag 1**

Landesvorstand

Die Kampagne 2027 gemeinsam finanzieren

(Angenommen)

5 Am 01. Juli 2023 werden die Beiträge der Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein um 1 Euro/Monat erhöht: Bei Mitgliedern mit einem Mindestbeitrag von 6,00 Euro erfolgt dies automatisch, **soweit sie nicht widersprechen. Dabei ist keine Angabe von Gründen notwendig.**

10 Bei Mitgliedern mit einem geringeren Monatsbeitrag erfolgt die Erhöhung nur mit ihrem ausdrücklichen Einverständnis. Dieser Euro unterliegt nicht der Beitragsverteilung, sondern geht direkt an den Landesverband. Hier geht er in eine Rücklage zur Finanzierung des Landtagswahlkampfes 2027. Die Mitglieder werden über diesen Schritt per Post/Mail und den Vorwärts informiert. **Mit der kommenden LTW endet diese Maßnahme.**

Antragsbereich P/ **Antrag 3**

AG 60plus

Beitragsfreistellung & Patenschaften

(Überwiesen an Landesvorstand)

Resolution des AG SPD 60 plus Landesvorstandes Schleswig-Holstein

5 Der Landesvorstand der AG SPD 60 plus regt an, die Möglichkeit der

- Beitragsfreistellung und / oder

- Patenschaft

10 intensiver zu nutzen.

Es kommt immer wieder zu Austritten aus der Partei, wenn Genoss*innen in ein Alten- und / oder Pflegeheim umziehen. In einer solchen Einrichtung sind schon Kleinstbeträge für Genoss*innen, die von der Sozialhilfe unterstützt werden, ein großer Betrag.

15 Wir wissen ja, dass das „Taschengeld“, dass die Bewohner*innen in diesen Einrichtungen erhalten extrem gering ist.

Das Taschengeld wird für die persönlichen Dinge benötigt, wie z. B. für Friseur, Fußpflege oder andere Artikel, da ist das Taschengeld rasch aufgebraucht.

20 Der AG SPD 60 plus Landesvorstand appelliert daher an alle Ortsvereine, ausgetretene Mitglieder persönlich zu kontaktieren, um ihnen vorübergehende „Patenschaften“ (d.h. Übernahme der Mitgliedsbeiträge von z.B. Mandatsträgern oder anderen Mitgliedern des Ortsvereins) oder eine Beitragsfreistellung anzubieten.

25 Diese etwaige Vorgehensweise gilt z.B. bei der AWO für alle Mitglieder, deren Mitgliedschaft mindestens 15 Jahre beträgt und die in ein Pflegeheim ziehen.

30 Auch in der SPD ist dies eine Möglichkeit, Mitglieder und somit Multiplikator*innen trotz finanzieller Engpässe, in der SPD zu halten.

Mit dieser Resolution soll für alle Genossinnen und Genossen eine soziale Möglichkeit der weiteren Mitgliedschaft und somit Mitbestimmung in unserer Partei ermöglicht werden.

Antragsbereich P/ Antrag 4

Juso Landesverband S-H

Vertrauenspersonen für die SPD Schleswig-Holstein

(Überwiesen an Landesvorstand)

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Als SPD Schleswig-Holstein stehen wir nicht nur für offene und vielfältige Diskussionen, sondern setzen uns auch für ein respektvolles Miteinander ein. Verletzendes und grenzüberschreitendes Verhalten, aufgrund von Geschlecht, Herkunft, einer Behinderung oder vergleichbare Übergriffe, werden bei uns nicht toleriert. Falls es doch mal zu Auseinandersetzungen, Beleidigungen oder Angriffen kommt, soll es bei uns die Möglichkeit geben, sich an Vertrauenspersonen zu wenden. Vertrauenspersonen sind 10 Ansprechpartner*innen bei Diskriminierungen und unterstützen die Betroffenen. Dabei entscheidet der oder die Betroffene selbst, welche Schritte bei einem Vorfall ergriffen werden. Das Ziel der Arbeit der Vertrauenspersonen ist es, Konflikte vertraulich und im Einvernehmen mit beiden Konfliktparteien zu lösen.

15 Die Vertrauenspersonen können zuhören, als Mediator*innen wirken oder in Fällen die weiteren Handlungen benötigen, gemeinsam mit dem Landesvorstand weitere Schritte einleiten. Der Landesvorstand stellt sich hierbei in die Verpflichtung, die Berichte der Vertrauenspersonen mit großer Verantwortung zu behandeln. Verantwortung bedeutet, dass die Vertraulichkeit grenzenlos gewährleistet wird und, sofern Handlungsbedarf von Seiten 20 der Vertrauenspersonen gesehen wird, diese auch nach Ermessen und in den Möglichkeiten des Landesvorstandes umgesetzt werden.

25 Der SPD Landesvorstand wird aufgefordert, einen satzungsändernden Antrag zum Einsatz von Vertrauenspersonen zu erarbeiten und diesen auf dem nächsten Landesparteitag einzureichen. Wichtig ist hierbei, die Diversität der Vertrauenspersonen zu berücksichtigen. Die gewählten Personen sind dazu verpflichtet, an regelmäßigen Schulungen teilzunehmen, hierbei ist es die Aufgabe des Landesvorstandes, die Regelmäßigkeiten zu überprüfen und die passenden Schulungen auszusuchen.

30 Die Wahlperiode beträgt 2 Jahre.

Bis zum nächsten Landesparteitag wählt der Landesvorstand vier Personen aus seinen eigenen Reihen, die die Funktion übernehmen.

Antragsbereich P/ Antrag 7

AsF

Sozial gerechte Teilhabe an Vollversammlungen

(Überwiesen an AsF)

5 Der SPD Landesverband Schleswig-Holstein wird aufgefordert die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass für den Besuch von Vollversammlungen eine Fahrkostenerstattung beantragt werden kann.

Antragsbereich P/ Antrag 8

AfA

Keine Minijobs: Wir stehen für gute Beschäftigungsverhältnisse

(Überwiesen an Landesparteirat)

5 Der Landesverband der SPD Schleswig-Holstein bietet ausschließlich sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse an.

Antragsbereich P/ Antrag 9

AG SelbstAktiv

Inklusion in der SPD-SH verankern - Inklusion in der Politik verwirklichen.

(Angenommen)

5 Wir wollen die Inklusion (im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention) in den Strukturen der SPD voranbringen und für eine Politik, einer inklusiven Gesellschaft mit der SPD eintreten. Dazu gehört die Verpflichtung, Inklusion als festen Bestandteil des politischen Handelns zu akzeptieren und die Teilhabe von Allen in der SPD zu verwirklichen. Es ist die Verantwortung einer Gesellschaft, allen die aktive Zugehörigkeit und Mitarbeit zu ermöglichen. Denn nur so kann Teilhabe gelingen. Um die Teilhabe in der SPD zu stärken, muss die Qualität der Inklusion gestärkt werden.

10

Konkret bedeutet dies für die SPD-SH:

Verantwortliche für Inklusion benennen!

15 Im Landesvorstand die personellen Ressourcen schaffen für eine*n "Inklusionsbeauftragten". In den Kreisvorständen werden "Inklusionsbeauftragten" ernannt. Fortbildung von haupt- und ehrenamtlichen Führungskräften über die Rahmenbedingungen und Strukturen einer inklusiven Organisation.

20 Die SPD-SH entwickelt Modelle und Standards, um die Inklusion in der Partei zu verankern. Inklusionsaktivitäten der SPD-SH werden gesammelt und in geeigneter Weise öffentlich gemacht. Es werden Diskussions- und Reflexionsangebote entwickelt, um Inklusion in der SPD-SH zu stärken. Genossinnen und Genossen, die selbst aktiv werden bzw. sich in der AG Selbst Aktiv zusammenfinden, werden unterstützt.

Soziales & Pflege

Antragsbereich Soz/ Antrag 1

AsF

Istanbul-Konvention nicht nur unterzeichnen, sondern auch umsetzen!

(Angenommen)

5 Die SPD-Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die unterschriebene Istanbul-Konvention mit Leben gefüllt wird. Jede politische Ebene ist in ihrem Wirkungsbereich zuständig für die Umsetzung der Istanbul-Konvention.

10 Hierbei soll sich auch das Land Schleswig-Holstein an die Umsetzungsempfehlungen der Expertengruppe für Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (GREVIO) halten. Diese sind im „GREVIO Baseline Evaluation Report – Germany“ vom 24.06.2022 und der „Recommendation on the implementation of the Council of Europe Convention on Preventing and Combating Violence against Women and Domestic Violence by Germany“ vom 06.12.2022 festgehalten.

15 Für das Land bedeutet dies u. a., dass spezialisierte Hilfsdienste auszubauen sind, wie Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Rechtsberatung, medizinische Versorgung, Angebote für mitbetroffene Kinder von Gewalt gegen Frauen, diese müssen

- regional flächendeckend verteilt,

20 - allen Frauen zugänglich und

- bedarfsgerecht ausgestattet sein.

Gewaltschutzkonzepte sind bedarfsgerecht vorzuhalten und zu fördern.

25 Die Verwirklichung der rechtlichen und der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein wesentliches Element der Verhütung von Gewalt gegen Frauen.

Antragsbereich Soz/ Antrag 2

AsF

Frauen in Not den Rücken stärken – Frauenhäuser bedarfsgerecht und planungssicher mit Mitteln ausstatten

(Angenommen)

5 Die SPD-Landtagsfraktion wird dazu aufgefordert sich für eine angemessenere finanzielle Ausstattung der Frauenhäuser, sowie die Einrichtung zusätzlicher Frauenhäuser und Übernahme der Fahrkosten auf dem Weg zum oder zwischen zwei Frauenhäusern einzusetzen.

Antragsbereich Soz/ Antrag 3

AsF

Menstruationsartikel kostenlos bereits in Grundschulen zur Verfügung

stellen

(Angenommen)

5 Die SPD-Landtagsabgeordneten, -Kreistagsabgeordneten und –Stadtverordneten sowie alle, die Bezug zu lokalen Schulträgern haben, werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Menstruationsartikel bereits in Grundschulen bedarfsgerecht kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Diese Maßnahme ist mit einer gender- und kultursensiblen Aufklärungskampagne zu flankieren, damit die Hilfe auch tatsächlich bei den Schüler*innen ankommt, die ihrer bedürfen.

Antragsbereich Soz/ Antrag 4

AsF

Gelder für Verhütungsmittel auch auf Landesebene bereitstellen

(Angenommen)

5 Die SPD-Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Finanzierung von Verhütungsmitteln auch vom Land gefördert wird, da es sich hier um Daseinsvorsorge und auch um eine Maßnahme zur Gleichstellung handelt.

10 Die Finanzierung der Verhütungsmittel soll dort von staatlicher Hand übernommen werden, wo das eigene Einkommen das Bürgergeld nicht übersteigt, aus Bürgergeld oder anderen Transferleistungen besteht. Die Verhütungsmittel sollen sowohl Frauen als auch Männern zur Verfügung gestellt werden.

Antragsbereich Soz/ Antrag 6

Kreisverband Pinneberg

Profite in der Pflege begrenzen

(Angenommen)

5 Im Bereich der Langzeitpflege hat der Anteil profitorientierter Einrichtungen in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Aus diesen Einrichtungen werden beunruhigende Qualitätsmängel berichtet. Die Profitmaximierung führt dort zu einer massiven Leistungsver schlechterung.

Um die Profite in Pflegeeinrichtungen einzudämmen, müssen

10 • die Regelung zum Schutz, zur sozialen Absicherung und zur Bezahlung der Beschäftigten einschließlich Mitbestimmungsregelungen und Vorschriften zur Personalausstattung verstärkt und ihre Einhaltung besser kontrolliert werden.

15 • die Standards und Regelungen zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner der Pflegeeinrichtungen verstärkt und ihre Einhaltung besser kontrolliert werden,

• die Prüfrechte, die jetzt bereits bezogen auf die Vergütung der Beschäftigten ausgedehnt worden sind, auch auf andere Kostenbereiche ausgeweitet hat.

20 Ein besonderes Problem stellt die Beteiligung von privaten Kapitalgesellschaften an Unternehmen im Bereich Pflege und Gesundheit dar. Deren Unternehmensanteil sollte auf

max. 49 % begrenzt sein. Die Zulässigkeit dieser Begrenzung ist auf EU-Ebene zu prüfen und umzusetzen, da die Kapitalgesellschaften zunehmend international agieren.

25 Darüber hinaus müssen die Handlungsmöglichkeiten privater Kapitalgesellschaften in Pflegeeinrichtungen eingeschränkt werden u.a. durch

- das Verbot der Abtrennung von Vermögenswerten,
- die strenge Regulierung von Schuldenweitergaben und konzerninternen Kreditvergaben,
- 30 • limitierende Vorgaben zur Verzinsung interner Kreditvergaben sowie eine befristete „nachlaufende Haftung“ für die Insolvenz verkaufter Unternehmensteile.

35 Der Landesparteitag fordert die Parteien, Fraktionen und Regierungen auf Landes- und Bundesebene auf, in diesem Sinne aktiv zu werden und durch geeignete Initiativen dafür zu sorgen, dass wieder Wohl und Gesundheit der Menschen in der Langzeitpflege und die Qualität der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Mittelpunkt stehen und nicht die Maximierung der Profite der Pflegeunternehmen.

*Antragsbereich Soz/ **Antrag 7***

AsF

Verpflichtende Pflegebedarfsplanung jetzt!

(Angenommen in geänderter Fassung)

Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die verpflichtende Pflegebedarfsplanung **in allen** Kreisen auch tatsächlich **erstellt** wird.

- 5 Außerdem müssen in den Pflegebedarfsplänen konzeptionelle und strukturelle Prozesse mit einer Zeitschiene für deren Umsetzung benannt sein.

*Antragsbereich Soz/ **Antrag 10***

AG 60plus

Förderung von Pflegegenossenschaften

(Angenommen)

- 5 Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein beschließt, dass die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Bundestagsfraktion sich dafür einsetzen, dass Genossenschaften, die eine Pflegeeinrichtung erstellen, zur Finanzierung der Pflegegenossenschaft bis zu 85% als Darlehen bekommen, das bei der Investitionskostenberechnung als Reduzierung der Herstellungskosten zu berücksichtigen ist.

*Antragsbereich Soz/ **Antrag 12***

AG 60plus

Pflegeprognoseformel für Schleswig-Holstein

(Überwiesen als Material an LTF)

Der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein spricht sich dafür aus, dass

- 5 sich die SPD-Landtagsfraktion dafür einsetzt, dass das Land eine Pflegeprognoseformel für die wahrscheinliche Pflegesituation in 2025 und 2030 ausgehend von den aktuellen Demographie-Werten entwickelt und von den Kommunen mit mehr als 5000 Einwohnern eine Berechnung und Vorsorgeplanung bei mehr als 20-25 % Einwohnern über 60 verlangt.

Umwelt, Klima & Energie

3 Prozent Wildnis sind das Minimum für eine wilde Welt

(Überwiesen an Landesvorstand)

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Versiegenderes Grundwasser, immer heißere Sommer – es ist ganz klar: regional sind die direkten Folgen des Klimawandels hier in Deutschland längst angekommen. Zum Abwenden der Langzeitwirkungen der Umweltbelastungen laufen unter dem Schlagwort Biodiversität, also dem Erhalt der Artenvielfalt, in Schleswig Holstein zwar einige Maßnahmen. Doch sie sind in ihrem jetzigen Umfang nicht ausreichend. Auch werden die selbstgesetzten Vorgaben nicht zuverlässig erreicht. Und so ist auch das 2%-Wildnis-Ziel aus dem Landesnaturschutzgesetz 2016 krachend verfehlt worden.

10 Wildnis wurde in der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) folgendermaßen definiert: „Wildnisgebiete i. S. der NBS sind ausreichend große, (weitgehend) unzerschnittene, nutzungsfreie Gebiete, die dazu dienen, einen vom Menschen unbeeinflussten Ablauf natürlicher Prozesse dauerhaft zu gewährleisten.“ Die Mindestgröße eines unzerschnittenen Gebietes ist dabei 1.000 Hektar. Erst dann gilt es als „Wildnis“. Im Jahr 2020 kam die Bundesrepublik Deutschland somit gerade einmal auf 0,6 Prozent Wildnis, d.h. Fläche, auf der sich Wildnis entwickeln kann. Der Anteil an Wildnisgebieten in Schleswig-Holstein lag 2020 unter dem Bundesschnitt.

15 Auch sind Wildnisgebiete nicht einfach mit Naturschutzgebieten oder anderen Schutzkategorien gleichzusetzen. Es gibt für Wildnisräume, in denen die Natur sich selbst überlassen wird, keine klassifizierte Schutzkategorie. Dabei gibt es in Schleswig-Holstein ca. 200 Potentialflächen, die sich als Wildnis eignen, beispielsweise der Barkauer See, das Dellstedter Birkenwildmoor oder das Moorgebiet Kranika.

20 Wildnisgebiete sind ein wichtiger Beitrag zur Biodiversität der längst überfällig ist. Denn mit dem Sterben der Arten wird die Balance des Ökosystems ins Mark getroffen. Nach zwei Jahrhunderten der industriellen Ausbeutung von Menschen und Natur, benötigt die Natur ein Minimum an Rückzugsraum, um sich endlich zu erholen. Von einem großen Paket Biodiversitätsmaßnahmen ist Wildnis ein vergleichbar kleiner Teil, doch gleichzeitig ein unglaublich wichtiger und nicht verzichtbarer Teil. Wildnis ist Biodiversität in ihrer pursten Form. Wenn ein Gebiet zu Wildnis erklärt wird, muss zuerst eine Analyse dieses Gebiets erfolgen. Menschliche Einflüsse, wie das Ansiedeln von Neophyten oder enorm nährstoffbeanspruchenden Pflanzen, müssen entfernt werden, bevor das Gebiet sich selbst überlassen wird, um die Entwicklung einer ursprünglichen, biodiversen Fläche zu fördern. Wegen des Artensterbens schwindet Jahr für Jahr die Lebensgrundlage auf unserem Planeten. Für uns in Schleswig Holstein ist es wichtig, Wildnisgebieten ausreichend Platz einzuräumen. Erstens um regional ganz praktisch und konkret für klimatische Verbesserung zu sorgen. Und zweitens, weil nur so die notwendige Reputation für die aktuell stagnierenden internationalen Verhandlungen aufgebaut werden kann, ohne die die weltweit zum Klima- und Umweltschutz entscheidenden Vorstöße, etwa zum Erhalt von Regenwäldern und anderen Naturschutzgebieten, nicht gelingen können.

45 Wir fordern deshalb:

- Die Erhöhung des Anteils an Wildnisgebieten in Schleswig Holstein auf mindestens 3 % bis 2030 und auf mindestens 5% bis 2050.

- 50
- Eine Strategie für die Flächen, die sich zu Wildnis (zurück-)entwickeln soll, um menschliche Einflüsse rückgängig zu machen.
 - Die Fortentwicklung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt auf Landes und Bundesebene sowie eine einschlägige Definition von Wildnisgebieten als zusammenhängende Gebiete von mehr als 1.000 Hektar.
 - 55 • Klassifizierung von Wildnisgebieten als eigene Schutzkategorie mit dem Zweck, die Natur ohne menschliche Einflüsse sich selbst zu überlassen. Solche Gebiete können auch in anderen Schutzzonen identifiziert und weiterentwickelt werden. Außerdem muss klargestellt werden, dass solche Gebiete nicht nur dem Schutzwildlebender Tier-, Pilz- und Pflanzenarten, sondern auch dem Schutz natürlicher Prozesse dienen.
 - 60 • Für Wildnisgebiete sind rechtliche Verpflichtungen zur Bewirtschaftung sowie zur Jagd und Fischerei aufzuheben, außer diese sind zum Schutz vor Krankheiten, die eine massive Gefährdung für Pflanzen Tier und Pilzarten außerhalb des Wildnisgebiets sind.
 - 65 • Geltende Gesetze und Verordnungen über gebietsfremde Arten müssen so angewendet werden, dass eine aktive Eingriffsverpflichtung auf die Randzonen eines Wildnisgebiets beschränkt bleibt.
 - Die erneute Prüfung weiterer Potentialflächen. Dabei sollen vorrangig Monokulturen in der Landwirtschaft als potentielle Flächen für die Ausweitung der Wildnis in Betracht gezogen werden, um einen weiteren Beitrag zur Biodiversität zu leisten.
 - 70 • Zukünftig soll sich ein bundesweit einheitliches Monitoring eingesetzt werden
 - Die Feststellung von Räumen unter 1.000 Hektar, die Wildnis aufweisen, und die Bewertung zur Entwicklung dieser Räume zu einschlägigen Wildnisgebieten durch das Land in Zusammenarbeit mit der kommunalen Kreisebene.
 - 75 • Einen dauerhaften Verzicht auf die Privatisierung von Potentialflächen für Wildnisgebiete und die Identifizierung von für Wildnisentwicklung geeigneten Flächen in bestehenden Schutzräumen und im öffentlichen Raum. Diese Potenzialräume dürfen von Neuplanungen von Infrastrukturmaßnahmen nicht beeinträchtigt werden.
 - 80 • Private Flächen, die sich für Wildnisgebiete eignen sollen perspektivisch in staatliche Hand übergehen, um diese zu verbinden und erweitern zu können. Dadurch könnten wichtige Hürden genommen werden, um beispielsweise auf die Mindestgröße von 1.000 Hektar, die in der NBS definiert ist, zu kommen.
 - Für den Anteil der landeseigenen Wälder die Erhöhung der Festschreibung zur natürlichen Entwicklung von 20 % auf mindestens 50%.
 - 85 • Die Einrichtung und Einplanung von Querungshilfen, Korridoren und Trittsteinbiotopen zur Verbindung von Wildnisgebieten auch bei Biotopverbund- und Infrastrukturplanungen.
 - Einen konsequenteren Schutz von bestehenden Schutzgebieten durch Verzicht auf Nutzung wie Forst- und Landwirtschaft.
 - 90 • Die Erhöhung des Anteils an Wildnisgebiete und der Ausbau der Windenergie sollen einander nicht im Weg stehen.
 - Anzustreben sind außerdem Nullnutzungszonen in bereits geschützten Gebieten anderer Klassifizierung (z.B. Naturschutzgebiete) um auch diese besonders sensiblen Zonen zu schützen. Dazu sollen beispielsweise der Einsatz von Pestiziden, sowie der Abbau von Bodenschätzen, unterbunden werden.
 - 95 • Wir setzen uns explizit für die Renaturierung von beispielsweise Mooren und Auwäldern ein. Auch das Wattenmeer bedarf einen besonderen Schutz. Für Wildnisgebiete sollte der Fokus von Wäldern auch auf andere Gebiete gesetzt werden, denn Wildnis sind nicht nur der Hirsch und das Wildschwein, sondern auch der Wattwurm und der Sonnentau.
 - 100 • Ähnlich wie die Nationalpark-Häuser zum Wattenmeer sollen auch für Wildnisgebiete Einrichtungen geschaffen werden, die über das Wildnisgebiet informieren und schulen. Dabei soll es nach Möglichkeit auch Plätze für

FÖJler*innen und Naturpädagog*innen geben. Diese können z.B. an Schulen über den mit dem Wildnisgebiet zusammenhängenden Naturschutz aufklären.

Antragsbereich U/ Antrag 2

Umweltforum

Investitionen für den Erhalt der Biodiversität und für die Renaturierung zerstörter natürlicher Lebensräume

(Angenommen)

5 Das Umweltforum Schleswig-Holstein fordert den SPD Landesverband Schleswig-Holstein auf, sich neben den Maßnahmen gegen den Klimawandel verstärkt für den Erhalt der Artenvielfalt einzusetzen.

10 Der Erhalt der Artenvielfalt und von natürlichen Lebensräumen sind existenziell für ein Überleben unseres Planeten. Die SPD des Landes Schleswig-Holstein ist aufgefordert, das Problembewusstsein für den Verlust der Artenvielfalt in Schleswig-Holstein, Deutschland und weltweit zu einem weiteren Schwerpunkt zu machen und mehr für den Erhalt der Artenvielfalt zu tun.

15 Wir fordern die SPD Schleswig-Holstein auf, sich dafür einzusetzen, deutlich mehr finanzielle Mittel in den Erhalt der Artenvielfalt zu investieren, als dies bisher der Fall ist. Die Mittel dienen u. a. dem Rückbau der landwirtschaftlichen Räume, der Renaturierung von Fluss- und Auenlandschaften, der Wiedervernässung von Mooren und der Wiederaufforstung von Wäldern. Nur mit einem Rückbau der natürlichen Lebensräume kann die Artenvielfalt erhalten bleiben.

20 Gleichzeitig ist die SPD aufgefordert, alle politischen Instrumente zu nutzen, um auch die Artenvielfalt weltweit zu erhalten. Dazu gehören ein Einfuhrstopp von Agrarprodukten wie Soja, Palmöl und Rindfleisch, gefolgt von Holzprodukten, Kakao und Kaffee aus gerodeten Wäldern sowie die Einhaltung des Lieferkettengesetzes für Produkte, die im Bereich der Industrie verwendet werden, wie z. B. „seltene Erden“ für die Produktion von Autobatterien oder den Bau von Windkraftträdern.

Wirtschaft

“Wir können es auch!” - Unterstützung von FINTA-geführten Start-Ups

(Angenommen)

Der Landesparteitag möge beschließen:

5 Bei der Gründung von Start-Ups sind Frauen absolut unterrepräsentiert. Vor allem im High-Tech-Bereich sind Gründungen durch FINTA*-Personen sehr selten. In Deutschland werden nur ca. 15% der Start-Ups von Frauen gegründet. Dies spiegelt sich auch in Schleswig-Holstein wider. In der vergangenen Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages wurde dieses Problem wahrgenommen, doch nicht ansatzweise ausreichend betrachtet. (FINTA*: Frauen, Inter, Trans, Nichtbinär, Agender *)

10 Die Gründe, aus denen FINTA*-Personen seltener Gründer*innen werden, sind weitreichend. So sind es fehlende Investor*innen, fehlender Mut, fehlende Netzwerke, die dazu führen, dass bei der Gründungsfinanzierung rein weiblich geführte Start-Ups eine geringere Chance auf Gelder haben. Hinzu kommt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, welche FINTA* Personen eine Gründung zusätzlich erschwert. Mit 47% ist jedoch der Anteil von Gründer*innen im Bereich Social Entrepreneurship besonders groß. Gerade für den Kampf gegen den Klimawandel ist es in Schleswig-Holstein notwendig, ökologisch nachhaltige Start-Ups zu fördern. Dabei reicht es nicht nur Frauen, sondern alle FINTA*-Personen mit einzubeziehen, denn insbesondere Transgender Personen werden bei Gründungen benachteiligt. Viele FINTA*-Personen gründen dabei nicht aus dem universitären Kontext heraus, sondern nach der Geburt ihres ersten Kindes, hier sind die Unterstützungsangebote in Schleswig-Holstein besonders schlecht.

15 Damit FINTA*-Personen bessere Chancen haben, ihre Träume in Start-Ups zu verwirklichen und auch Produkte für Frauen von FINTA*-geführten Start-Ups besser entwickelt werden können, fordern wir:

- 25
- eine FINTA*-Quote in den Investment Teams staatlicher Fonds,
 - Optimierung der Übersichtlichkeit und Zusammenarbeit von bisherigen Förderprogrammen, Coaching Programmen und Mentoring sowie Aufbau und zentralisierte Informationen über ein weibliches Gründungsökosystem,
 - 30 •Unterstützung flexibler Modelle von Angeboten zur Kinderbetreuung und eine Anpassung der Familienförderung auf die Bedürfnisse von weiblichen Gründer*innen sowie einen leichteren Zugang zu Förderung, beispielsweise beim Nachweis des Einkommens im Rahmen des Antragsverfahrens für das Elterngeld,
 - die Veröffentlichung der Statistik zum Frauenanteil von Gründer*innen
 - 35 •Einführung eines landesweiten Fördertopfes für Gründerinnen
 - spezielle Förderprogramme für FINTA*-Personen bereits an Hochschulen einrichten
 - Mehr Förderprogramme in Schleswig-Holstein, die sich nicht nur auf Hochschulen beziehen
 - Ergänzende Studiengänge für Personen, die bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung haben
 - 40 •Ausbau der Angebote von staatlicher Gründungsunterstützung (wie z.B. Opencampus oder Dock1)
 - Angebote zur Gründungsunterstützung, an denen sich auch aus ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins besser teilnehmen lässt
 - 45 •Verbesserte Angebotsstruktur für Unterstützungsangebote für ökologisch nachhaltige Start-Ups

Resolution

Landesvorstand

Solidarität mit den Protestierenden im Iran

(Angenommen)

Zur Weiterleitung an den SPD Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Europaabgeordneten:

5 Als SPD Schleswig-Holstein stellen wir uns solidarisch an die mutigen Protestierenden in Iran. Nach der mutmaßlichen Ermordung der jungen Kurdin Mahsa Jina Amini am 16. September 2022 in Gewahrsam der sogenannten Sittenpolizei, gehen mutige Frauen und Männer im Iran für Selbstbestimmung und Freiheit auf die Straße. Was über Wochen als Protest gegen den Kopftuchzwang und religiöser Diktatur abgetan wurde, hat sich schnell
10 zu einer revolutionären Bewegung gegen die Machthaber der Islamischen Republik geformt.

15 Es geht um mehr als Religion. 43 Jahre nach Gründung der Islamischen Republik gehen die Menschen auf die Straße, um gegen die Unterdrückung der Frauen, gegen die staatliche Willkür, gegen den Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols, gegen unverhältnismäßige staatliche Vorschriften, gegen die grassierende Korruption und manipulierte Wahlen vorzugehen. Sie rufen: "Frauen, Leben, Freiheit". Ihr Ziel ist nichts geringeres als ein Ende der Islamischen Republik Iran und der Traum von Frieden und Demokratie. Für diesen Traum riskieren sie ihr Leben. Das iranische Regime reagiert mit brutaler Gewalt, Massenvergewaltigungen, Folter in Gefängnissen, Scheinprozessen und öffentlichen Hinrichtungen. Menschenrechtsorganisationen gehen von über 750 ermordeten Menschen
20 in Zusammenhang mit den Protesten aus.

25 Als SPD Schleswig-Holstein verurteilen wir diese Gewalt. Unsere Solidarität mit den Protestierenden muss konkret werden.

Deswegen fordern wir:

- 30 • Eine unabhängige Untersuchung der Menschenrechtsverletzung und die strafrechtliche Verfolgung des Regimes
- Die Aufnahme der Iranischen Revolutionsgarde auf die EU Terrorliste
- Die Erweiterung der EU-Sanktionsliste um den Obersten Führer Ali Khamenei, Präsident Ebrahim Raisi, Generalstaatsanwalt Mohammad Jafar Montazeri und andere Personen, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Wichtig
35 ist, Sanktionen so auszugestalten, dass sie das Regime und ihre Angehörigen und nicht die Zivilgesellschaft treffen.
- Die Koordinierung und Erleichterung von Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der iranischen Diaspora in der EU und Beschränkung des Zugangs sanktionierter iranischer Familienmitglieder zu europäischen Einrichtungen wie
40 Universitäten.
- Einen sofortigen Abschiebestopp in den Iran und die Vergabe humanitärer Visa
- Die Erweiterung der EU-Embargoliste für Güter mit doppeltem Verwendungszweck.
- Die Gewährleistung der korrekten Anwendung und Durchsetzung der Sanktionsregelungen.
- 45 • Die Unterstützung, Ausweitung und Professionalisierung der Patenschaftsprogramme zwischen in Deutschland gewählten Politiker*innen und politischen Gefangenen im Iran
- Mit technischen und finanziellen Mitteln - beispielsweise in Rahmen eines EU-

II. Weitere Anträge

1. Für erledigt erklärt wurden die Anträge:

K3;B2;B3;I4;

2. Abgelehnt wurden die Anträge:

S1;P2;P5;

3. Nichtbefassung wurde beschlossen für die Anträge:

4. Zurückgezogen wurden die Anträge:

I12;P6;Soz5;Soz8;Soz9;Soz11;Soz13;